

## Piketty, Thomas

(\* 1971)

französischer Wirtschaftswissenschaftler,

Professor an der

École des Hautes Études en Sciences Sociales (EHESS)

Aus:

**Thomas Piketty**, Der Sozialismus der Zukunft.

Interventionen, C.H.Beck 2021

Piketty bei wikipedia > > >

## Vorwort

September 2020

Hätte man mir 1990 gesagt, dass ich 2020 meine gesammelten Kolumnen unter dem Titel *Der Sozialismus der Zukunft* herausbringen würde, hätte ich es für einen schlechten Scherz gehalten. Mit 18, im Herbst 1989, hing ich am Radio und verfolgte den Zusammenbruch der kommunistischen Diktaturen und des osteuropäischen «Realsozialismus». Im Februar 1990 nahm ich mit anderen französischen Studenten an einer Reise zur Unterstützung rumänischer Jugendlicher teil, die soeben das Ceaușescu-Regime überwunden hatten. Wir trafen mitten in der Nacht am Flughafen Bukarest ein und fuhren mit dem Bus ins triste, verschneite, von den Karpaten eingeschlossene Brașov. Stolz zeigten uns die jungen Rumänen die Einschusslöcher in den Wänden, Zeichen ihrer «Revolution». Im März 1992 reiste ich zum ersten Mal nach Moskau und sah dieselben leeren Geschäfte, dieselben grauen Straßenzüge. Es war mir gelungen, mich für ein russisch-französisches Kolloquium zum Thema «Psychoanalyse und Sozialwissenschaften» anzumelden. Mit einer etwas verloren wirkenden französischen Hochschuldelegation besichtigte ich das Leninmausoleum und den Roten Platz, wo die russische Flagge soeben die sowjetische ersetzt hatte.

Als Jahrgang 1971 gehörte ich zu einer Generation, der die Versuchung des Kommunismus fremd war und die ins Erwachsenenalter eintrat, als das absolute Scheitern des sowjetischen Systems feststand. Wie so viele war ich in den 1990er Jahren eher liberal als sozialistisch, bildete mir etwas darauf ein, wie

zutreffend meine Ansichten waren, und betrachtete die Älteren und Nostalgiker mit Argwohn. Es war mir unbegreiflich, dass es Menschen gab, die Marktwirtschaft und Privateigentum nicht als Teil der Lösung ansahen.

Doch 30 Jahre später, im Jahr 2020, liegt mir der Hyperkapitalismus sehr fern, und ich bin der Überzeugung, dass wir wieder über die Überwindung des Kapitalismus nachdenken müssen und einen neuen, partizipativen und dezentralen, föderalen und demokratischen, ökologischen, diversen und feministischen Sozialismus brauchen.

Die Geschichte wird zeigen, ob das Wort «Sozialismus» endgültig tot und zu verwerfen ist. Ich denke allerdings, wir dürfen uns nicht damit begnügen, «gegen» Kapitalismus oder Neoliberalismus zu sein. Wir müssen auch «für» etwas anderes entstehen. Und jenes ideale Wirtschaftssystem, das wir einführen wollen, jene gerechte Gesellschaft, die uns vorschwebt, müssen wir genau benennen. Gemeinhin heißt es, das gegenwärtige kapitalistische System habe keine Zukunft, da es die Ungleichheiten verstärkt und den Planeten ausbeutet. Das ist nicht falsch, doch ohne klar formulierte Alternative wird uns das aktuelle System noch lange begleiten.

Als lehrender und forschender Sozialwissenschaftler habe ich mich auf die Geschichte der Ungleichheit und das Verhältnis von wirtschaftlicher Entwicklung, Vermögensverteilung und politischen Konflikten spezialisiert und dazu einige umfangreiche Werke veröffentlicht.<sup>1</sup> Ich arbeitete auch an der World Inequality Database, einem enormen Gemeinschafts-

<sup>1</sup> Siehe insbesondere *Les Hauts Revenus en France au XX<sup>e</sup> siècle*, Paris: Grasset, 2001; *Das Kapital im 21. Jahrhundert*. Aus dem Französischen von Ilse Utz und Stefan Lorenzer, München: C.H.Beck, 2014; *Kapital und Ideologie*. Aus dem Französischen von André Hansen, Enrico Heinemann, Stefan Lorenzer, Ursel Schäfer und Nastasja S. Dresler, München: C.H.Beck, 2020. Eine vollständige Bibliografie und eine Vielzahl von online verfügbaren Texten, Auszügen und Daten sind unter [piketty.pse.ens.fr](http://piketty.pse.ens.fr) abrufbar.

projekt, das die Entwicklung der Einkommens- und Vermögensungleichheit in den verschiedenen Gesellschaften auf der Erde transparenter machen möchte.<sup>2</sup>

Gestützt auf die Lehren aus diesen historischen Forschungen und natürlich aus meiner Erfahrung als beobachtender Staatsbürger des Zeitraums 1990–2020 versuchte ich in meinem letzten Buch, ein paar «Elemente eines partizipativen Sozialismus» zu vermitteln, dessen wichtigste Punkte ich hier kurz zusammenfassen werde.<sup>3</sup> Dazu muss ich sagen, dass diese «Elemente» nur ein Ausgangspunkt von vielen sind, ein winziger Beitrag zu einem riesigen Prozess, der die kollektive Erarbeitung, die vielstimmige Diskussion und soziales, politisches Erproben umfasst. Dieser Prozess muss langfristig angelegt und von Demut und Hartnäckigkeit geprägt sein, insbesondere in Anbetracht des Ausmaßes früherer Misserfolge und der Größe künftiger Herausforderungen.

Die interessierte Leserschaft wird einige Überlegungen dazu auch in diesem Band wiederfinden, in dem meine monatlichen Kolumnen für die Tageszeitung *Le Monde* von September 2016 bis Juli 2020 abgedruckt sind. Sie wurden nicht verändert oder umgeschrieben. Es kamen lediglich ein paar Grafiken, Tabellen, Referenzen und weitere Texte von meinem Blog auf der Website von *Le Monde* hinzu.<sup>4</sup> Dazu muss ich vorweg sagen, dass einige Beiträge schlechter gealtert sind als andere, und ich bitte meine Leserschaft, Wiederholungen zu verzeihen. Die Texte

<sup>2</sup> Alle diese Daten und mehrere Tausend Seiten von Studien und Materialien über mehr als 100 Länder sind online auf der Website [WID.world](http://WID.world) abrufbar. Siehe auch den *Bericht zur weltweiten Ungleichheit 2018*, koordiniert von Facundo Alvaredo, Lucas Chancel, Emmanuel Saez, Gabriel Zucman und Thomas Piketty, in deutscher Kurzfassung online verfügbar auf [WID.world](http://WID.world).

<sup>3</sup> Detailliert erörtere ich diese «Elemente für einen partizipativen Sozialismus» in Thomas Piketty, *Kapital und Ideologie*, Kapitel 17, S. 1185–1271.

<sup>4</sup> Siehe [lemonde.fr/blog/piketty](http://lemonde.fr/blog/piketty). Auf dieser Website befinden sich auch Links zu den in den Grafiken und Tabellen verwendeten Daten. Zusätzliche Daten sind auf [WID.world](http://WID.world) oder [piketty.pse.ens.fr](http://piketty.pse.ens.fr) verfügbar.

sind nicht mehr als der unvollkommene Versuch eines Sozialwissenschaftlers, aus seinem Elfenbeinturm und seinen tausendseitigen Büchern hinabzusteigen, um sich im politischen Tagesgeschehen einzubringen, was auch einige Risiken birgt. Ich hoffe, dass der nachsichtige Leser einige nützliche Anregungen für seine eigenen Überlegungen und sein Engagement finden wird.

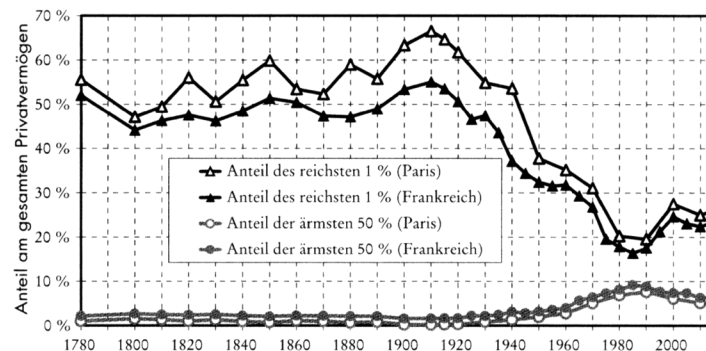
### Ein langer Weg zu Gleichheit und partizipativem Sozialismus

Beginnen wir mit einer Behauptung, die für einige überraschend klingen mag. Langfristig gesehen hat der Weg zu Gleichheit und zum partizipativen Sozialismus längst begonnen. Es ist nicht mehr technisch unmöglich, diesen bereits eingeschlagenen Weg fortzusetzen. Wir müssen uns nur gemeinsam dafür entscheiden. Die Geschichte zeigt: Ungleichheit ist ideologischer und politischer, nicht ökonomischer oder technischer Natur.

Diese optimistische Sichtweise mag in Zeiten allgemeinen Trübsinns zwar paradox erscheinen. Sie entspricht aber der Wirklichkeit. Die Ungleichheit ging langfristig insbesondere aufgrund der neuen Sozial- und Steuerpolitik des 20. Jahrhunderts zurück. Sicherlich ist noch sehr viel zu tun, aber es steht fest, dass wir weiter kommen können, wenn wir uns an die Lehren der Geschichte halten.

Betrachten wir etwa die Entwicklung der Eigentumskonzentration seit zwei Jahrhunderten. Wir stellen zunächst fest, dass das reichste 1 % im 19. und frühen 20. Jahrhundert einen astronomischen Anteil am Gesamteigentum hatte (Immobilien, Finanz- und Gewerbevermögen abzüglich Schulden). Das Gleichheitsversprechen der Französischen Revolution drückte sich also eher in der Theorie als in der Praxis aus, zumindest wenn es um die Umverteilung von Eigentum ging. Wir beobachten weiter, dass dieser Anteil des reichsten 1 % im Verlauf

Das Scheitern der Französischen Revolution: ungleiche Vermögensverteilung im Frankreich des 19. Jahrhunderts

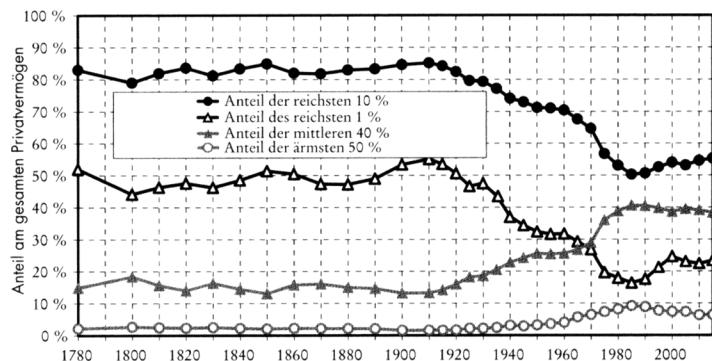


In Paris besaß im Jahr 1910 das reichste 1 % ungefähr 67 % des gesamten Privatvermögens, gegenüber 49 % im Jahr 1810 und 55 % im Jahr 1780. Nach einem geringfügigen Rückgang während der Französischen Revolution nahm die Vermögenskonzentration in Frankreich (insbesondere in Paris) im Laufe des 19. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg wieder zu. Langfristig betrachtet ist der starke Abbau von Ungleichheit also auf die beiden Weltkriege (1914 bis 1945) und nicht auf die Revolution von 1789 zurückzuführen. Quellen und Reihen: siehe [piketty.pse.ens.fr/ideologie](http://piketty.pse.ens.fr/ideologie). Thomas Piketty, *Kapital und Ideologie*, S. 173.

des 20. Jahrhunderts erheblich zurückging. Lag er kurz vor dem Ersten Weltkrieg bei etwa 55 % des Gesamtvermögens, beträgt er heute rund 25 %. Nichtsdestoweniger beträgt dieser Anteil noch das Fünffache der ärmsten 50 %, die kaum mehr als 5 % des gesamten Vermögens besitzen, obwohl sie definitionsgemäß fünfzigmal so viele Menschen sind wie das reichste 1 %. Hinzu kommt, dass der bereits zurückgegangene Anteil der oberen Vermögenstranchen seit den 1980er und 1990er Jahren auch noch sinkt. Eine solche Entwicklung lässt sich in den Vereinigten Staaten, in Deutschland und dem Rest Europas ebenso beobachten wie in Indien, Russland oder China.

Zusammengefasst: Die Konzentration von Eigentum (und damit der wirtschaftlichen Macht) ging im vergangenen Jahrhundert deutlich zurück, sie blieb aber auf einem äußerst hohen Niveau. Der Rückgang der Vermögensungleichheit begünstigte vor allem die «mittlere Vermögensklasse», also die 40 % der Bevölkerung zwischen den oberen 10 % und den unteren 50 %.

### Die Vermögensverteilung in Frankreich, 1780–2015



Der Anteil der reichsten 10 % am gesamten Privatvermögen (Immobilien, Gewerbe- und Finanzvermögen abzüglich Schulden) lag in Frankreich in den Jahren 1780 bis 1910 zwischen 80 und 90 %. Der Rückgang der Vermögenskonzentration setzt nach dem Ersten Weltkrieg ein und kommt in den frühen 1980er Jahren zum Stillstand. Er kommt vor allem der Mittelschicht (den mittleren 40 %) zugute, hier definiert als die Bevölkerungstranche zwischen der Unterschicht (den ärmsten 50 %) und der Oberschicht (den reichsten 10 %). Quellen und Reihen: siehe [piketty.pse.ens.fr/ideologie](http://piketty.pse.ens.fr/ideologie). Thomas Piketty, *Kapital und Ideologie*, S. 175.

Die ärmere Hälfte der Bevölkerung konnte davon nicht profitieren. Der Anteil der reichsten 10 % am Gesamtvermögen sank zwar von 80–90 % deutlich auf etwa 50–60 % (und damit auf ein immer noch sehr hohes Niveau), doch der Anteil der ärmsten 50 % blieb dauerhaft gering (siehe obige Grafik). Der Vermögensanteil der ärmsten 50 % stieg zwar nicht, ihre Situation hat sich aber hinsichtlich des Einkommens verbessert. Ihr Anteil am Gesamteinkommen erhöhte sich in Europa von gerade einmal 10 auf etwa 20 %. Doch auch hier bleibt die Verbesserung überschaubar und lässt sich leicht umkehren. So ist dieser Anteil in den Vereinigten Staaten seit den 1980er Jahren auf kaum mehr als 10 % zurückgefallen.<sup>5</sup>

<sup>5</sup> Für eine detailliertere Untersuchung der historischen Einkommens- und Vermögensungleichheiten siehe Thomas Piketty, *Kapital und Ideologie*, insbesondere Grafiken 4.1–4.3, 5.4–5.7, 10.1–10.7, 11.1–11.8, 13.8–13.9. Alle diese Grafiken und Reihen sind online verfügbar unter [piketty.pse.ens.fr/ideologie](http://piketty.pse.ens.fr/ideologie).

### Der Sozialstaat als Antrieb für gleiche Rechte

Wie lassen sich diese komplexen und widersprüchlichen Entwicklungen begreifen? Wie kann man insbesondere in Europa den Rückgang der Ungleichheit im letzten Jahrhundert erklären? Neben der Zerstörung von Privatvermögen in den beiden Weltkriegen ist besonders die positive Rolle der Umwälzungen in den Rechts-, Sozial- und Steuersystemen vieler europäischer Länder im 20. Jahrhundert hervorzuheben.

Einer der entscheidenden Faktoren war der Aufschwung des Sozialstaats zwischen 1910–1920 und 1980–1990. Man investierte in beträchtlichem Umfang in Bildung und Gesundheit, Alters- und Erwerbsunfähigkeitsrenten sowie Sozialversicherungen (Arbeitslosigkeit, Familie, Wohnen etc.). Anfang der 1910er Jahre lagen die Staatsausgaben in Westeuropa bei gerade einmal 10 % des Nationaleinkommens. Hauptsächlich handelte es sich dabei um hoheitliche Aufgaben zur Sicherung der Ordnung, für die Armee und die koloniale Expansion. In den 1980er und 1990er Jahren lagen die Staatsausgaben bei 40–50 % des Nationaleinkommens (und blieben anschließend auf diesem Niveau). Darunter fielen hauptsächlich Ausgaben für Bildung, Gesundheit, Renten und soziale Transferleistungen.<sup>6</sup>

Aufgrund dieser Entwicklung erreichte man in Europa im Verlauf des 20. Jahrhunderts eine gewisse Gleichheit beim Zugang zu Gütern der Grundversorgung wie Bildung, Gesundheit, wirtschaftlicher und sozialer Sicherheit. Zumindest war die Gleichheit größer als in allen vorangegangenen Gesellschaften. Die Stagnation des Sozialstaats seit den 1980er und 1990er Jahren zeigt jedoch, dass ein einmal erlangter Zustand nicht von Dauer sein muss, auch wenn es mehr denn je eines starken Sozialwesens bedarf, insbesondere aufgrund der Verlängerung der Lebenserwartung und der Ausbildungszeiten. Im Gesund-

<sup>6</sup> Siehe Thomas Piketty, *Kapital und Ideologie*, Grafiken 10.14–10.15.



heitssektor macht die COVID-19-Krise schmerzhaft deutlich, dass nicht genug Krankenhausplätze und Personal zur Verfügung stehen. Eine der größten Herausforderungen der Epidemie von 2020 liegt gerade in der Frage, ob der Sozialstaat in den reichen Ländern wieder stärker wird und auch in den armen Ländern zulegt.<sup>7</sup>

Schauen wir uns die Bildungsinvestitionen an. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts betrugen die staatlichen Ausgaben für alle Bildungsstufen in Westeuropa weniger als 0,5 % des Nationaleinkommens. In den Vereinigten Staaten, die damals einen Vorsprung gegenüber Europa hatten, waren sie etwas höher. Konkret entspricht das äußerst elitären und restriktiven Bildungssystemen. Die Masse der Bevölkerung musste sich mit überfüllten und schlecht ausgestatteten Primarstufen zufriedengeben, und nur eine kleine Minderheit konnte Sekundarbildung erlangen oder Hochschulen besuchen. Die Bildungsinvestitionen wurden im Verlauf des 20. Jahrhunderts mehr als verzehnfacht und erreichten in den 1980er und 1990er Jahren 5–6 % des Nationaleinkommens, was eine starke Bildungsexpansion ermöglicht hat. Alle Anhaltspunkte deuten darauf hin, dass diese Entwicklung im vergangenen Jahrhundert ein wichtiger Faktor für mehr Gleichheit und Wohlstand war.

Umgekehrt scheint die Stagnation der Bildungsausgaben, wie sie in den letzten Jahrzehnten zu beobachten war, trotz des stark gestiegenen Hochschulanteils je Altersklasse zu einem Anstieg der Ungleichheit und zu einem langsameren Wachstum des durchschnittlichen Einkommens geführt zu haben.<sup>8</sup> Es ist auch zu betonen, dass die äußerst starken sozialen Ungleichheiten beim Zugang zu Bildung fortbestehen. Insbesondere lässt

<sup>7</sup> Siehe «Das Schlimmste verhindern», 14. April 2020. Die Verweise mit einem Titel und einem Datum beziehen sich auf einen Beitrag von Thomas Piketty in [lemonde.fr/blog/piketty](http://lemonde.fr/blog/piketty).

<sup>8</sup> Ich komme noch ausführlich darauf zurück, wie zukünftig der Begriff «Wachstum» zu verwenden ist.

sich das in den Vereinigten Staaten beobachten, wo die Wahrscheinlichkeit einer Hochschulbildung (meist privat und gebührenpflichtig) stark vom Einkommen der Eltern abhängt. Doch auch in Ländern wie Frankreich verhält es sich nicht anders, denn dort werden die staatlichen Gesamtausgaben für Bildung (aller Stufen) innerhalb einer Altersklasse sehr ungleich verteilt, insbesondere aufgrund der riesigen Unterschiede in der Ausstattung selektiver Studiengänge im Gegensatz zu Studiengängen, die allen offenstehen.<sup>9</sup> Insgesamt stieg die Zahl der Studierenden in Frankreich seit Mitte der 2000er Jahre von etwas mehr als 2 Millionen auf fast 3 Millionen heute, doch die staatlichen Investitionen hielten nicht Schritt. Vor allem in den Massenstudiengängen und technischen Studiengängen mit kurzer Dauer reduzierten sich die Investitionen pro Kopf stark. Das ist gleichbedeutend mit einer enormen Verschwendung an sozialen und menschlichen Ressourcen.<sup>10</sup>

Für einen partizipativen Sozialismus:  
Zirkulation von Macht und Eigentum

Bildungsgerechtigkeit und Sozialstaat reichen nicht aus. Um wirkliche Gleichheit zu erreichen, sind alle Macht- und Herrschaftsverhältnisse zu überdenken. Dafür muss natürlich auch die Macht in den Unternehmen besser verteilt werden.

Auch hier können wir uns daran orientieren, was im Laufe des 20. Jahrhundert gut funktioniert hat. In vielen europäischen Ländern, vor allem in Deutschland und Schweden, gelang es der Gewerkschaftsbewegung und den sozialdemokratischen Parteien Mitte des 20. Jahrhunderts, eine neue Machtverteilung

<sup>9</sup> Siehe Thomas Piketty, *Kapital und Ideologie*, Grafiken 0.8 und 17.1. Siehe auch «Parcoursup: peut mieux faire» [Parcoursup: es geht besser], 13. Februar 2018.

<sup>10</sup> Siehe «Budget 2018: la jeunesse sacrifiée» [Haushalt 2018: die geopfert Jugend], 12. Oktober 2017.

mit den Aktionären zu erzwingen. Das Konzept heißt «betriebliche Mitbestimmung». Die Mitarbeiter wählen Vertreter, die bis zur Hälfte der Sitze in den Leitungsgremien der großen Unternehmen einnehmen, auch wenn sie kein Eigenkapital stellen. Dieses System soll nicht idealisiert werden (bei Stimmengleichheit haben immer noch die Aktionäre das letzte Wort), aber man muss doch feststellen, dass es sich um einen erheblichen Wandel der traditionellen Aktionärslogik handelt. Die Mehrheitsverhältnisse können sich nämlich umkehren, sobald auf Arbeitnehmerseite eine Minderheitsbeteiligung von 10 oder 20 % des Eigenkapitals besteht oder eine Gebietskörperschaft eine solche Beteiligung hält, auch wenn die Aktionäre die absolute Kapitalmehrheit innehaben. Ein solches System, gegen das sich die Aktionäre der betroffenen Länder mit Händen und Füßen wehrten und das harte soziale, politische und juristische Kämpfe auslöste,<sup>11</sup> schadete jedoch keineswegs der wirtschaftlichen Entwicklung, ganz im Gegenteil. Es sieht vielmehr so aus, dass eine rechtliche Gleichstellung die Arbeitnehmer besser in die langfristige Unternehmensstrategie einbindet.

Leider verhinderte der Widerstand der Aktionäre bislang eine größere Verbreitung dieses Modells. In Frankreich, Großbritannien und den Vereinigten Staaten haben die Anteilseigner

<sup>11</sup> Insbesondere die Weimarer Verfassung von 1919 und das Grundgesetz von 1949 schrieben die Sozialbindung des Eigentums fest, das mehrere gesellschaftliche Parteien ins Verhältnis setzt. Dadurch sind Reformen zur Mitbestimmung erst möglich. Mit der aktuellen französischen Verfassung etwa, die ein deutlich konservativeres Verständnis von Privateigentum vertritt, wäre das viel schwieriger. Statt sich auf den Übergang zur Sechsten Republik oder die Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung zu konzentrieren, wobei unklar ist, wie die geplante Verfassungsänderung genau aussehen soll, sollten die französischen Debatten zu Verfassungsreformen lieber auf substantiellere sozioökonomische Ziele hinwirken, vor allem auf die Frage des Eigentums und der progressiven Besteuerung. Siehe Thomas Piketty, *Kapital und Ideologie*, Kapitel 17.

weiterhin fast die gesamte Macht inne.<sup>12</sup> Interessant ist, dass die französischen Sozialisten wie die britische Labour Party bis in die 1980er Jahre eher auf Verstaatlichungen setzten, weil sie die Strategien der schwedischen und deutschen Sozialdemokraten zur Machtverteilung und betrieblichen Mitbestimmung für zu zaghaft hielten. Die Verstaatlichungsprogramme verschwanden nach dem Zusammenbruch des Kommunismus sowjetischer Prägung. Parti Socialiste und Labour Party verlangten in den 1990er und 2000er Jahren fast überhaupt keinen Wandel der Eigentumsverhältnisse mehr. Die Diskussionen um eine Mitbestimmung nach dem deutschen und skandinavischen Modell leben seit etwa zehn Jahren wieder auf, und es ist an der Zeit, derartige Gesetze in allen Ländern einzuführen.

Dann ist es möglich, diese Entwicklung zu einer besseren Verteilung der betrieblichen Macht fortzusetzen und zu vergrößern. Abgesehen davon, dass die Arbeitnehmervertreter 50 % der Stimmen in allen Unternehmen haben sollten (auch in den kleineren), wäre etwa denkbar, dass der Stimmrechtsanteil einer Einzelperson in hinreichend großen Unternehmen auch innerhalb der 50 % der Aktionärsstimmen nur bis zu einem bestimmten Grenzwert gewertet wird.<sup>13</sup> So könnte ein Alleingesellschafter, der auch in seinem Unternehmen angestellt ist, in einem Kleinunternehmen weiterhin die Stimmenmehrheit

<sup>12</sup> Lediglich einer von zwölf Verwaltungsratssitzen wurde 2013 in französischen Großunternehmen den Arbeitnehmervertretern zugestanden.

<sup>13</sup> Ein Alleingesellschafter könnte etwa maximal 90 % der Aktionärsstimmrechte in kleinen Unternehmen (mehr als 10 Mitarbeiter) erhalten. Diese Schwelle würde sich schrittweise bis auf 10 % der Aktionärsstimmrechte in den größten Unternehmen (mehr als 100 Mitarbeiter) verringern. Im Fall eines Alleingesellschafters erhielten die Mitarbeiter die freien Stimmrechte der Aktionärsseite. Siehe Thomas Piketty, *Kapital und Ideologie*, Kapitel 17. Dieses System würde die für Mediengesellschaften vorgeschlagenen Obergrenzen der Stimmrechte auf alle Wirtschaftssektoren ausweiten. Siehe Julia Cagé, *Rettet die Medien. Wie wir die vierte Gewalt gegen den Kapitalismus verteidigen*. Aus dem Französischen von Stefan Lorenzer, München: C.H.Beck, 2016.

kontrollieren, müsste sich aber immer mehr auf kollektive Entscheidungen stützen, je größer das Unternehmen wird.<sup>14</sup>

So wichtig er auch sein mag, der Wandel des Rechtssystems reicht nicht aus. Um eine wirkliche Zirkulation von Macht zu erreichen, müssen auch das Steuer- und Erbschaftsrecht angegangen werden, damit das Eigentum selbst in Bewegung kommt. Wir haben es weiter oben gesehen: Die ärmsten 50 % besitzen fast nichts, und ihr Anteil am Gesamtvermögen hat sich seit dem 19. Jahrhundert kaum erhöht. Die Idee, dass man bloß abwarten muss, bis das allgemein gestiegene Wohlstandsniveau auch eine bessere Verteilung von Eigentum bewirkt, ist nicht sehr sinnvoll. Gäbe es einen solchen Automatismus, hätten wir diese Entwicklung schon längst erlebt. Deshalb spreche ich mich für eine entschiedenere Lösung aus. Es soll eine Mindesterbbschaft für alle geben, die etwa bei 120 000 Euro liegen könnte (also etwa 60 % des aktuellen Durchschnittserbes in Frankreich). Auszuzahlen wäre sie im Alter von 25 Jahren.<sup>15</sup> Eine solche Erbschaft für alle entspricht einer Ausgabe von etwa 5 % des Nationaleinkommens und könnte sich durch eine Mischung aus einer jährlichen progressiven Vermögensteuer (auf das Nettovermögen an Immobilien-, Finanz- und Unter-

<sup>14</sup> In Verbindung mit den weiter oben erklärten Regelungen würde ein Alleingesellschafter mit fünf Angestellten (einschließlich seiner selbst) 56 % der Stimmen innehaben: 45 % als Aktionär (90 % von 50 %) und 11 % als Mitarbeiter (55 %/5). Hätte sein Unternehmen 20 Angestellte (einschließlich seiner selbst), verfügte er über 43 % der Stimmen: 40 % als Aktionär (80 % von 50 %) und 3 % als Mitarbeiter (60 %/20). Mit 100 Mitarbeitern hätte er weniger als 11 % der Stimmen inne: 10 % der Stimmen als Aktionär und 0,9 % als Mitarbeiter (90 %/100). Selbstverständlich dienen diese Angaben nur der Veranschaulichung und müssten noch umfassend historisch erprobt werden.

<sup>15</sup> Aktuell entspricht das durchschnittliche Vermögen der ärmeren 50 % etwa 10 % des gesamten durchschnittlichen Vermögens (also einem Anteil von gerade einmal 5 % des Gesamtvermögens). Die genannte Maßnahme könnte zu einer Versechsfachung führen. Der angedachte Betrag (60 % des Durchschnittsvermögens) liegt etwas über dem aktuellen Medianvermögen.

nehmensvermögen) und einer progressiven Erbschaftsteuer finanzieren.

Meiner Meinung nach würde diese Erbschaft für alle, die sich aus einer Vermögen- und Erbschaftsteuer finanziert, nur einen relativ kleinen Teil der gesamten Staatsausgaben darstellen. Wenn man über das ideale Steuersystem nachdenkt, ist beispielsweise ein Aufkommen von 50 % des Nationaleinkommens anzuvisieren. Das entspricht etwa dem aktuellen Stand, die Erträge wären aber gerechter verteilt und ließen Spielraum für Erhöhungen in der Zukunft. Folgendermaßen würde sich das Steueraufkommen zusammensetzen: Einerseits gäbe es eine progressive Vermögen- und Erbschaftsteuer mit einem Aufkommen von rund 5 % des Nationaleinkommens für die Erbschaft für alle, andererseits ein schlüssiges System aus progressiven Einkommensteuern, Sozialbeiträgen und einer CO<sub>2</sub>-Steuer (in Kombination mit einer individuellen CO<sub>2</sub>-Karte, die niedrige Einkommen und verantwortungsbewusste Verhaltensweisen entlastet, während sie hohe individuelle Emissionen stärker besteuert) mit einem Gesamtaufkommen von insgesamt etwa 45 % des Nationaleinkommens. Damit ließen sich alle Staatsausgaben decken, insbesondere die Sozialausgaben (Bildung, Gesundheit, Altersrenten, soziale Transferleistungen, Grundeinkommen etc.). Auch Maßnahmen zum Umweltschutz wären inbegriffen (Verkehrsinfrastrukturen, Energiewandel, Sanierungen zur Steigerung der Energieeffizienz etc.).

Mehrere Punkte sind an dieser Stelle klarzustellen. Zuerst kann eine sinnvolle Umweltpolitik nur dann Bestand haben, wenn sie von einem globalen sozialistischen Programm zur Reduzierung der Ungleichheit, zur dauerhaften Zirkulation von Macht und Eigentum sowie zur Neudefinition ökonomischer Indikatoren flankiert wird.<sup>16</sup> Auf den letzteren Punkt

<sup>16</sup> Siehe «Die Illusion einer zentristischen Umweltbewegung», 11. Juni 2019; «Für eine Kreislaufwirtschaft», 15. Oktober 2019.

möchte ich näher eingehen. Ein Austausch von Macht nutzt nichts, wenn die wirtschaftlichen Ziele beibehalten werden. Wir müssen die Rahmenbedingungen auf individueller und lokaler Ebene (vor allem durch die Einführung einer CO<sub>2</sub>-Karte) verändern, aber auch im nationalen Kontext. Das Bruttoinlandsprodukt muss durch den Begriff des Nationaleinkommens ersetzt werden. Das bedeutet, dass der Kapitalverbrauch abzuziehen ist, auch der Verbrauch von Naturkapital. Wir sollten uns auf die Verteilung konzentrieren, nicht auf Durchschnittswerte. Einkommensbezogene Kennzahlen, die für allgemeine Gerechtigkeitsnormen Voraussetzung sind, müssen um Umweltindikatoren ergänzt werden (insbesondere zum CO<sub>2</sub>-Ausstoß).<sup>17</sup>

Ich betone, dass die Erbschaft für alle (die man auch «allgemeine Kapitalzuwendung» nennen kann) nur einen kleinen Teil der Staatsausgaben ausmacht. Die gerechte Gesellschaft, wie ich sie mir hier ausmale, beruht nämlich zuerst auf dem allgemeinen Zugang zu Gütern der Grundversorgung (Bildung, Gesundheit, Rente, Wohnen, Umwelt etc.), die eine Teilhabe am sozialen und wirtschaftlichen Leben erst ermöglichen. Ein solches Grunderbe lässt sich also nicht auf eine Geldzahlung beschränken. Doch sobald die sonstige Grundversorgung gesichert ist, wozu natürlich auch ein Grundeinkommen gehört,<sup>18</sup> ist eine Erbschaft für alle zusätzlich eine bedeutsame Komponente einer gerechten Gesellschaft. Wenn man über ein Vermögen von 100 000 oder 200 000 Euro verfügt, ist das ein enormer Unterschied gegenüber

<sup>17</sup> Zur weltweiten Ungleichheit bei CO<sub>2</sub>-Emissionen und zur Konzentration der größten individuellen Emissionen in den Vereinigten Staaten und Europa siehe Thomas Piketty, *Kapital und Ideologie*, Grafik 13.7, sowie ders. und Lucas Chancel, «Carbon and Inequality: From Kyoto to Paris», WID.world, Working Paper Series Nr. 2015/7.

<sup>18</sup> Das Grundeinkommen gehört voll und ganz zu den Bestandteilen einer gerechten Gesellschaft, wenn es in ein größeres Ganzes eingebunden wird und nicht als Pauschallösung verstanden wird. Siehe «Revenu de base ou salaire juste ?» [Grundeinkommen oder gerechter Lohn?], 13. Dezember 2016.

### Zirkulation von Eigentum und Steuerprogression

| Progressive Vermögensteuern<br>(Finanzierung der Kapitalzuwendung<br>für alle jungen Erwachsenen) |                                                        |                                               | Progressive Einkommensteuer<br>(Finanzierung des Grundeinkommens, des<br>Sozialwesens und der ökologischen Aufgaben) |                                                                                          |
|---------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------|-----------------------------------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------------------------------------------|
| Vielfaches des<br>Durchschnitts-<br>vermögens                                                     | Jährliche<br>Vermögensteuer<br>(effektiver Steuersatz) | Erbschaftsteuer<br>(effektiver<br>Steuersatz) | Vielfaches<br>des Durchschnitts-<br>einkommens                                                                       | Effektiver Steuersatz<br>(einschließlich Sozialab-<br>gaben und CO <sub>2</sub> -Steuer) |
| 0,5                                                                                               | 0,1 %                                                  | 5 %                                           | 0,5                                                                                                                  | 10 %                                                                                     |
| 2                                                                                                 | 1 %                                                    | 20 %                                          | 2                                                                                                                    | 40 %                                                                                     |
| 5                                                                                                 | 2 %                                                    | 50 %                                          | 5                                                                                                                    | 50 %                                                                                     |
| 10                                                                                                | 5 %                                                    | 60 %                                          | 10                                                                                                                   | 60 %                                                                                     |
| 100                                                                                               | 10 %                                                   | 70 %                                          | 100                                                                                                                  | 70 %                                                                                     |
| 1 000                                                                                             | 60 %                                                   | 80 %                                          | 1 000                                                                                                                | 80 %                                                                                     |
| 10 000                                                                                            | 90 %                                                   | 90 %                                          | 10 000                                                                                                               | 90 %                                                                                     |

Das vorgeschlagene Steuersystem besteht aus einer progressiven Vermögensbesteuerung (jährliche Vermögensteuer sowie Erbschaftsteuer) zur Finanzierung einer Kapitalzuwendung für alle jungen Erwachsenen und einer progressiven Einkommensteuer (inklusive Sozialabgaben und progressiver CO<sub>2</sub>-Steuer), die dem Grundeinkommen, dem Sozialwesen und ökologischen Aufgaben zukommt (Gesundheit, Bildung, Renten, Arbeitslosigkeit, Energieversorgung etc.). Die Zirkulation von Eigentum ist neben der paritätischen Vertretung von Angestellten und Aktionären in den Unternehmen Grundbestandteil des partizipativen Sozialismus.

Hinweis: In dem hier angeführten Beispiel erzielt die progressive Vermögensteuer ein Aufkommen von etwa 5 % des Nationaleinkommens und finanziert eine Kapitalzuwendung in Höhe von 60 % des durchschnittlichen Erbes, die an junge Erwachsene im Alter von 25 Jahren ausbezahlt wird. Die progressive Einkommensteuer erzielt ein Aufkommen von etwa 45 % des Nationaleinkommens und finanziert ein Grundeinkommen in Höhe von 60 % des durchschnittlichen Jahreseinkommens nach Steuern (5 % des Nationaleinkommens) sowie das Sozialwesen und ökologische Aufgaben (40 % des Nationaleinkommens).

Quellen und Reihen: Thomas Piketty, *Kapital und Ideologie*, S. 1206.

einem überhaupt nicht vorhandenen Vermögen (oder gar Schulden). Wenn man nichts besitzt, hat man keine Wahl: Man muss nahezu jedes Gehalt, fast alle Arbeitsbedingungen akzeptieren, denn die Miete muss bezahlt, die Familie ernährt werden. Besitzt man nun ein kleines Vermögen, hat man mehr Optionen: Man kann sich erlauben, ein paar Angebote abzulehnen, bis ein gutes dabei ist. Man kann erwägen, ein Unternehmen zu gründen oder eine Wohnung zu kaufen, um sich die monatliche Miete zu sparen. Durch eine Umverteilung des Eigentums kann man also alle Machtverhältnisse und gesellschaftlichen Herrschaftsbeziehungen neu definieren.

Die hier genannten Steuersätze und Beträge dienen natürlich nur der Veranschaulichung. Manche werden die von mir vertre-

tenen Spitzensteuersätze von 80–90 % auf Einkommen, Erbschaften und Vermögen übertrieben finden.

Es handelt sich hierbei um eine komplexe Angelegenheit, die reiflicher Überlegung bedarf. Ich möchte bloß daran erinnern, dass derartige Steuersätze im 20. Jahrhundert in vielen Ländern veranschlagt wurden, allen voran in den Vereinigten Staaten in der Zeit von 1930 bis 1980. Alle mir vorliegenden historischen Fakten bringen mich zu dem Schluss, dass die Bilanz dieser Politik hervorragend war. Die Innovationskraft wurde dabei keineswegs eingeschränkt. Ganz im Gegenteil: Das Nationaleinkommen pro Kopf wuchs nach der Halbierung der Steuerprogression in den 1980er Jahren unter Reagan von 1990 bis 2020 nur halb so stark wie in den vorangegangenen Jahrzehnten.<sup>19</sup> Der US-amerikanische Wohlstand des 20. Jahrhunderts (und allgemein jeder ökonomische Wohlstand in der Geschichte) beruhte auf einem deutlichen Bildungsvorsprung,<sup>20</sup> sicherlich nicht auf einer größeren Ungleichheit. Auf Grundlage der mir vorliegenden historischen Fakten scheint mir die ideale Gesellschaft eine zu sein, in der jeder Mensch einige Hunderttausend Euro besitzt, einige Wenige vielleicht ein paar Millionen. Darüber hinausgehendes Eigentum (etwa von mehreren 10 und 100 Millionen, erst recht von mehreren Milliarden) wäre jedoch nur von kurzer Dauer und würde durch das Steuersystem schnell auf rationellere und sozial nützlichere Beträge reduziert.

Andere werden meinen, die Steuersätze und Beträge wären zu gering. Tatsächlich würden die ärmeren jungen Erwachsenen, die aktuell überhaupt nichts erben, nach dem hier vorgeschlagenen Steuer- und Erbschaftsmodell 120 000 Euro erhalten, während die wohlhabenderen jungen Erwachsenen, die

<sup>19</sup> Siehe Thomas Piketty, *Kapital und Ideologie*, Grafik 11.13. Siehe auch «Für eine Kreislaufwirtschaft», 15. Oktober 2019.

<sup>20</sup> 90 % einer Altersklasse besuchten in den 1950er Jahren in den USA eine Sekundarschule. In Westeuropa und Japan waren es damals gerade einmal 20–30 %.

aktuell eine Million Euro erben, mit 600 000 bedacht würden.<sup>21</sup> Von der völligen Chancengleichheit, einem oft geforderten theoretischen Prinzip, das selten konsequent angewandt wird, ist man also noch weit entfernt. Meines Erachtens ist es möglich und wünschenswert, noch viel weiter zu gehen.

In jedem Fall dienen die hier genannten Steuersätze und Beträge nur der Veranschaulichung und sollen zum Nachdenken über das ideale System anregen, das man langfristig erreichen möchte. Sie sollen nicht bestimmten Strategien des Gradualismus vorgreifen, die womöglich hier und da in besonderen historischen und politischen Kontexten verfolgt werden. In Frankreich könnte ein aktuelles Ziel etwa darin bestehen, eine Vermögensteuer in modernisierter Form wieder einzuführen, auf der Grundlage vorausgefüllter Vermögenserklärungen und einer strengeren Kontrolle als in der Vergangenheit. In diesem Zuge könnte man die Grundsteuer senken, die eine besonders belastende und ungerechte Vermögensteuer darstellt, insbesondere für Haushalte, die sich zum Eigentumserwerb verschulden.<sup>22</sup>

### Sozialföderalismus: für eine andere Globalisierung

Es sei noch einmal deutlich gesagt: Es ist durchaus möglich, schrittweise zu einem partizipativen Sozialismus überzugehen, indem wir das Rechts-, Steuer- und Sozialsystem in diesem oder jenem Land weiterentwickeln, ohne dass sich der ganze Planet einig wird. So sind übrigens auch der Sozialstaat und der Rückgang der Ungleichheit im 20. Jahrhundert zustande gekommen. Bildungsgleichheit und Sozialstaat können heute Land für Land wiederbelebt werden. Deutschland und Schweden haben nicht auf eine Erlaubnis der Europäischen Union

<sup>21</sup> Nach Erbschaftsteuer und allgemeiner Zuwendung.

<sup>22</sup> Siehe «Abschaffung der Vermögensteuer: ein historischer Fehler», 10. Oktober 2017; «Gilets jaunes» et justice fiscale [«Gelbwesten» und Steuergerechtigkeit], 11. Dezember 2018.

oder der Vereinten Nationen gewartet, um die betriebliche Mitbestimmung einzuführen, und die anderen Länder könnten es ihnen sofort gleichtun. Die Einnahmen aus der Vermögensteuer erhöhten sich vor der Abschaffung 2017 beträchtlich, was nur beweist, dass das Argument der Steuerflucht ein Mythos ist. Damit ist auch gesagt, dass die unverzügliche Einführung einer modernisierten Vermögensteuer möglich ist.

Unter dieser Voraussetzung leuchtet ein, dass wir noch weiter und schneller vorankommen, wenn wir eine internationalistische Sichtweise einnehmen und die internationalen Zusammenhänge auf eine bessere Grundlage stellen. Im Allgemeinen müssen wir, damit der Internationalismus wieder eine Chance hat, der Ideologie des unbeschränkten Freihandels den Rücken kehren, die uns in den vergangenen Jahrzehnten durch die Globalisierung geführt hat. Stattdessen brauchen wir ein anderes Wirtschaftssystem, ein Entwicklungsmodell, das auf eindeutigen und nachvollziehbaren Prinzipien ökonomischer, steuerlicher und ökologischer Gerechtigkeit beruht. Wichtig ist, dass dieses neue Modell von seinen Zielen her internationalistisch sein muss, in seiner praktischen Umsetzung jedoch souveränistisch, d. h. jedes Land, jede politische Einheit muss Bedingungen für den Handelsverkehr mit dem Rest der Welt festlegen, ohne die einstimmige Genehmigung der Partner abzuwarten. Die Schwierigkeit liegt darin, dass dieser Souveränismus mit Universalitätsanspruch nicht immer leicht vom nationalistischen Souveränismus zu unterscheiden sein wird, der aktuell auf dem Vormarsch ist.

Ich möchte an dieser Stelle erneut betonen, wie man die verschiedenen Ansätze unterscheiden kann. Das ist meines Erachtens das zentrale Ziel für die Zukunft.<sup>23</sup> Bevor wir darüber

<sup>23</sup> Siehe «Für einen neuen Internationalismus», 14. Juli 2020. Ich komme auf diese Fragen auch in einigen anderen Kolumnen zurück: «Für eine andere Globalisierung», 15. November 2016; «Europa und die Klassenspaltung», 14. Mai 2019; «Sozialföderalismus gegen Nationalliberalismus», 11. Februar 2020.

nachdenken, einseitig Sanktionen gegen Länder zu verhängen, die Sozial-, Fiskal- und Klimadumping betreiben, was ohnehin nur als Anreiz gedacht sein darf und reversibel zu sein hat, müssen wir anderen Ländern ein Kooperationsmodell vorschlagen, das auf universellen Werten wie sozialer Gerechtigkeit, Verringerung von Ungleichheit und Schutz des Planeten beruht. Dafür müssen wir vor allem genau benennen, welche transnationalen Versammlungen mit globalen öffentlichen Gütern (Klima, medizinische Forschung etc.) und gemeinsamen Maßnahmen für Steuer- und Klimagerechtigkeit beauftragt werden könnten (gemeinsame Steuern auf Gewinne von Großunternehmen und Besteuerung der höchsten Einkommen, Vermögen und CO<sub>2</sub>-Emissionen). Das gilt vor allem auf europäischer Ebene, wo das Einstimmigkeitserfordernis und die Tagungen hinter verschlossenen Türen ein Ende haben müssen. Das Manifest für die Demokratisierung Europas (tdem.eu) schlägt Schritte in diese Richtung vor, und die 2019 neu einberufene Deutsch-Französische Parlamentarische Versammlung (die leider keine wirkliche Macht hat) stellt unter Beweis, dass eine kleine Gruppe von Ländern neue Institutionen gründen kann und dafür nicht den einstimmigen Beschluss aller anderen Länder abwarten muss.<sup>24</sup>

Über Europa hinaus haben die Diskussionen zum Sozialföderalismus auch eine allgemeinere Tragweite. Die Länder Westafrikas versuchen momentan, ihre gemeinsame Währung neu zu definieren und endgültig aus der kolonialen Vormundschaft auszubrechen. Dabei bietet sich die Gelegenheit, die westafrikanische Währung in den Dienst eines Entwicklungsprojekts zur Investition in Jugend und Infrastrukturen zu stellen statt nur in den Dienst der Kapitalmobilität der Reichsten.

<sup>24</sup> Siehe «Manifest für die Demokratisierung Europas», 10. Dezember 2018; «Die Deutsch-Französische Versammlung, eine einzigartige Chance für Steuergerechtigkeit in Europa», 21. Februar 2020.

In Europa übersieht man leider allzu oft, dass die UEMOA (Westafrikanische Wirtschafts- und Währungsunion) in bestimmten Punkten weiter fortgeschritten ist als die Eurozone. So gibt es seit 2008 eine Richtlinie, die eine gemeinsame Bemessungsgrundlage für die Körperschaftsteuer festlegt und jedes Land dazu verpflichtet, einen Steuersatz zwischen 25 und 30 % zu erheben. Zu einem solchen Beschluss konnte sich die Europäische Union noch nicht durchringen. Allgemein besteht aufgrund der neuen weltweiten währungspolitischen Entwicklungen der vergangenen zehn Jahre der Bedarf, ein neues Gleichgewicht zwischen währungspolitischen und steuerlichen Ansätzen zu finden. Auch dabei ist eine vergleichende, historische und transnationale Perspektive entscheidend.<sup>25</sup>

Für einen feministischen, diversen und  
universalistischen Sozialismus

Der von mir erhoffte partizipative Sozialismus beruht auf mehreren Säulen: Bildungsgleichheit und Sozialstaat; permanente Zirkulation von Macht und Eigentum; Sozialföderalismus; nachhaltige und gerechte Globalisierung. Es ist wichtig, dass wir die unterschiedlichen Formen von Sozialismus und Sozialdemokratie, mit denen im 20. Jahrhundert experimentiert wurde, streng auf diese Punkte untersuchen.

Zu den zahlreichen Versäumnissen von Sozialismus und Sozialdemokratie im vergangenen Jahrhundert gehört auch die ungenügende Berücksichtigung der Themen Patriarchat und Postkolonialismus. Der springende Punkt ist, dass diese unterschiedlichen Aspekte nicht getrennt voneinander zu betrachten sind. Sie müssen im Rahmen eines globalen sozialistischen Projekts auf der Grundlage einer wirklichen Gleichheit an

<sup>25</sup> Siehe «Ist die Geldschöpfung unsere Rettung?», 9. Juli 2019; «Die Zeit des grünen Geldes», 12. Mai 2020.

sozialen, ökonomischen und politischen Rechten behandelt werden.

Alle menschlichen Gesellschaften waren bis heute auf die eine oder andere Art patriarchalisch. Die Männerherrschaft spielte eine wichtige, explizite Rolle in allen Ideologien der Ungleichheit bis zum frühen 20. Jahrhundert, ob in Ideologien der Ständegesellschaft, des Eigentums oder der Kolonialherrschaft. Im 20. Jahrhundert wurden die Herrschaftsmechanismen subtiler, blieben aber real: Die formale Rechtsgleichheit setzte sich nach und nach durch, aber die Ideologie der Frau am Herd als soziales Ziel erlebte eine Sternstunde, vor allem in Zeiten des Wirtschaftswunders. In Frankreich bestand die Arbeitnehmererschaft zu Beginn der 1970er Jahre zu fast 80 % aus Männern.<sup>26</sup> Auch hier ist die Frage von Indikatoren und ihr Politisieren entscheidend. Allzu oft gibt man sich mit der Aussage zufrieden, dass die Gehaltsunterschiede von Männern und Frauen «bei gleicher Arbeit» zwischen 15 und 20 % liegen. Dabei kommen Frauen doch gerade nicht in die gleichen Positionen wie Männer. Am Ende der Karriere (und im gesamten Ruhestand, wenn man Unterbrechungen in der Erwerbsbiografie außen vor lässt) liegt der durchschnittliche Gehaltsunterschied in Wirklichkeit bei 64 %. Bei den bestbezahlten Posten gibt es nur sehr langsame Veränderungen: Beim aktuellen Wachstum des Frauenanteils ist eine Parität erst im Jahr 2102 erreicht.<sup>27</sup>

Um diese Entwicklung zu beschleunigen und das Patriarchat wirklich zu überwinden, brauchen wir zwingende, überprüfbare und mit Sanktionen versehene Maßnahmen, und zwar für Führungspositionen in Wirtschaft, Verwaltung und Universitäten, aber auch in politischen Versammlungen. Jüngere Forschungen zeigen, dass eine stärkere Repräsentation von Frauen

<sup>26</sup> Siehe Thomas Piketty, *Kapital und Ideologie*, Kapitel 13.

<sup>27</sup> Siehe «Gehaltsunterschiede zwischen Männern und Frauen: 19 oder 64 %?», 7. November 2016.



mit einer besseren Vertretung benachteiligter sozialer Schichten einhergehen könnte, die heute in Versammlungen fast überhaupt nicht vertreten sind. In anderen Worten soll die Parität der Geschlechter auch die soziale Parität vorantreiben.<sup>28</sup>

Die Frage der geschlechterbezogenen Diskriminierungen muss auch im Zusammenhang mit dem Kampf gegen rassistische Diskriminierungen verstanden werden, vor allem wenn es um den Zugang zu bestimmten Arbeitsplätzen geht. Dazu ist auch eine kollektive und von den Staatsbürgern vorangetriebene Identifikation mit der kolonialen und postkolonialen Geschichte erforderlich. Einige kommen heute ins Grübeln, wenn sie Demonstranten jeglicher Herkunft dabei beobachten, wie sie Statuen von Sklavenhändlern attackieren, die noch immer zahlreiche europäische und US-amerikanische Städte zieren. Es ist wichtig, die Konsequenzen aus dieser gemeinsamen Geschichte zu ziehen.

In Frankreich wird allzu oft vergessen, dass Haiti dem französischen Staat von 1825 bis 1950 erhebliche Schulden zurückzahlen musste, nur um frei zu sein und die Sklavenhalter finanziell zu entschädigen (da sie nach damaliger Ideologie zu Unrecht enteignet wurden). Die Haitianer fordern jetzt von Frankreich Reparationszahlungen für diesen unbilligen Tribut, und man kann es ihnen nicht verdenken. Die Diskussion lässt sich nicht ewig aufschieben, wenn man zugleich heute noch Entschädigungen für die Plündereien des Zweiten Weltkriegs zahlt. Allgemein vergisst man gern, dass die Abschaffung der Sklaverei durch Frankreich und Großbritannien immer mit Entschädigungen an die Eigentümer einherging, nie jedoch an die Sklaven selbst. Eine Entschädigung ehemaliger Sklaven wurde gegen Ende des amerikanischen Bürgerkriegs in Betracht gezogen (der berühmte Maulesel und die 40 Morgen Land), doch nichts

<sup>28</sup> Siehe Julia Cagé, *Libres et égaux en voix* [Frei und gleich an Stimmen], Paris: Fayard, 2020.

geschah, weder 1865 noch ein Jahrhundert später mit dem Ende der legalen Segregation 1965. Dabei erhielten japanische Amerikaner 1988 eine Entschädigung von jeweils 20 000 Dollar für die rechtswidrige Internierung im Zweiten Weltkrieg. Eine Entschädigung dieser Art an die afroamerikanischen Opfer der Segregation hätte einen starken symbolischen Wert.<sup>29</sup>

Doch diese legitime und komplexe Debatte über Reparationen, die erforderlich ist, um Vertrauen in eine gemeinsame Norm von Entscheidungsfindung und Gerechtigkeit zu schaffen, muss aus universalistischer Perspektive geführt werden. Um die Schäden von Rassismus und Kolonialismus in der Gesellschaft zu beheben, können wir uns nicht damit begnügen, ewig generationsübergreifende Entschädigungen zu leisten. Wir müssen uns auch und vor allem der Zukunft zuwenden und das Wirtschaftssystem verändern. Grundlage dafür ist der Abbau von Ungleichheit und ein gleicher Zugang zu Bildung, Arbeit und Eigentum. Dazu gehört auch eine Mindesterbenschaft für alle, unabhängig von der Herkunft. Sie käme zu den Entschädigungen hinzu, welche die japanischen Amerikaner erhalten haben und die Afroamerikaner erhalten könnten. Die beiden Perspektiven der Entschädigung und der universellen Rechte müssen sich ergänzen und dürfen sich nicht widersprechen.

Ebenso auf internationaler Ebene. Die legitime Debatte zu den Reparationszahlungen an Länder wie Haiti muss mit einem notwendigen Nachdenken über ein neues universelles System internationaler Transferleistungen einhergehen. Insbesondere die aktuelle Epidemie bietet Anlass zum Nachdenken über eine Mindestzuwendung für Gesundheit und Bildung, von der alle Bewohner der Erde profitieren können. Finanziert würde das durch einen universellen Anspruch aller Länder auf einen Teil des Steueraufkommens der wohlhabendsten Wirtschaftsakteure

<sup>29</sup> Siehe «Rassismus bekämpfen, Geschichte reparieren», 16. Juni 2020.



der ganzen Welt: Großunternehmen und Privathaushalte mit hohem Einkommen und Vermögen. Schließlich beruht dieser Wohlstand auf einem Weltwirtschaftssystem und zusätzlich auf der jahrhundertelangen zügellosen Ausbeutung natürlicher und menschlicher Ressourcen des Planeten. Er erfordert heute also eine weltweite Regulierung, um sozial und ökologisch nachhaltig zu sein.<sup>30</sup>

Abschließend möchte ich noch betonen, dass der von mir vertretene partizipative Sozialismus nicht von oben herab diktiert wird: Auf eine proletarische Avantgarde zu warten, die ihre Lösungen durchsetzt, erübrigt sich. Die hier erwähnten Instrumente sollen eine Diskussion anstoßen, nicht jedoch abschließen. Wirklicher Wandel kann sich nur ereignen, wenn sich die Bürger der sozioökonomischen Fragestellungen und der Indikatoren für eine kollektive Entscheidungsfindung annehmen. Ich hoffe, dass diese Zeilen und die nachfolgenden Texte dazu beitragen können.

<sup>30</sup> Siehe «Das Schlimmste verhindern», 14. April 2020. Siehe auch Simon Reid-Henry, «Global Public Investment: Redesigning International Public Finance for Social Cohesion», *Revue d'économie du développement*, Bd. 27, Nr. 2, 2020, S. 169–201.

## Abschaffung der Vermögensteuer: ein historischer Fehler

10. Oktober 2017

Um es gleich eingangs zu sagen: Die Abschaffung der französischen Vermögensteuer ISF (*impôt de solidarité sur la fortune*) ist ein schwerer moralischer, wirtschaftlicher und historischer Fehler. Die Entscheidung zeigt, wie wenig die Politik die Herausforderungen der Globalisierung für die Beseitigung von Ungleichheiten versteht.

Gehen wir einen Schritt zurück. Während der ersten Globalisierung zwischen 1870 und 1914 erstarkte eine internationale Bewegung für neue Formen von Umverteilung und Besteuerung. Mit progressiven Steuern auf Einkommen, Vermögen und Erbschaften wollte dieses Modell die Wachstumsgewinne besser verteilen und die Konzentration von Eigentum und wirtschaftlicher Macht strukturell verringern. Solche Abgaben wurden zwischen 1920 und 1970 eingeführt, teils unter dem Druck der dramatischen historischen Ereignisse, aber auch aufgrund eines langen intellektuellen und politischen Prozesses. Heute lassen sich vielleicht die ersten Anzeichen einer ähnlichen Bewegung erahnen. Das Bewusstsein für die immer größeren Ungleichheiten wächst. Die Anhänger der nationalen Abschottung versuchen, das Gefühl der Unterschichten, abgehängt zu sein, auszunutzen, manchmal mit Erfolg. Man kann aber auch neue Forderungen nach Demokratie, Gleichheit und Umverteilung beobachten. Großbritannien könnte in den kommenden Jahren deutlich nach links schwenken, 2020

vielleicht auch die Vereinigten Staaten, wenn man sich einige demokratische Kandidaten anschaut.

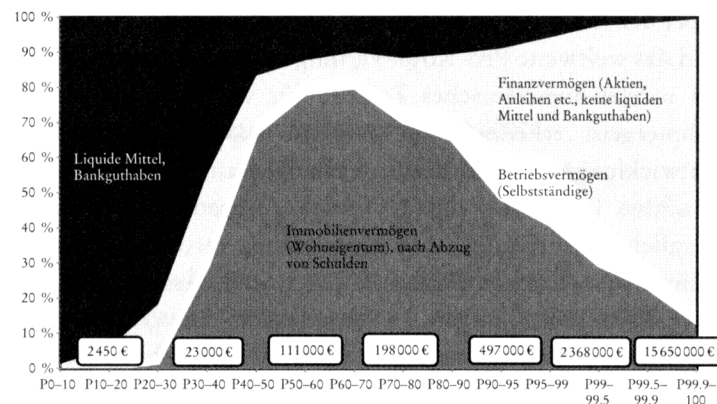
In einem solchen Kontext ist die Abschaffung der französischen Vermögensteuer fast 40 Jahre nach der Machtübernahme von Reagan und Thatcher völlig fehl am Platz. Es ist sinnlos, alten und vermögenden Bevölkerungsgruppen, die bereits in den letzten Jahrzehnten in Wohlstand lebten, Steuergeschenke zu machen. Zumal die fehlenden Einnahmen alles andere als symbolisch sind. Rechnet man die Steuergeschenke für Dividenden und Zinsen hinzu (die jetzt maximal mit 30 % versteuert werden, während Gehälter und selbstständige Tätigkeiten einem Spitzensteuersatz von 55 % unterliegen), so kostet die Reform mehr als 5 Milliarden Euro. Das entspricht 40 % des Gesamtbudgets französischer Universitäten und Hochschulen. Dieses stagniert 2018 bei 13,4 Milliarden Euro, während die Studierendenzahlen unverändert steigen und Bildungsinvestitionen Priorität haben müssten. Wir können wetten, dass sich die Studierenden daran erinnern werden, wenn die Regierung in den nächsten Monaten versucht, zusätzlich zur Austerität noch Auswahlverfahren einzuführen.

Die Regierung ist der Ansicht, dass die Vermögensteuer zu Steuerabwanderungen führen würde. Diese Behauptung ist vollkommen falsch. Der unaufgeregte, objektive Blick auf alle verfügbaren Daten – volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Einkommens- und Vermögenserklärungen, Umfragen zu Vermögen – lässt nur einen Schluss zu: Den größten Vermögen geht es in Frankreich sehr gut, und sie wandern nicht ab.

Es sei an die wichtigsten Fakten erinnert (alle Details befinden sich auf [WID.world](http://WID.world)).<sup>1</sup> Zwischen 1980 und 2016 stieg das durchschnittliche Nationaleinkommen pro Erwachsenen in

<sup>1</sup> Siehe insbesondere Bertrand Garbinti, Jonathan Goupille-Lebret und Thomas Piketty, «Accounting for Wealth Inequality Dynamics: Methods, Estimates and Simulations for France (1800–2014)», WID.world, Working Paper Series Nr. 2016/5.

Die Zusammensetzung des Vermögens in Frankreich, 2015



In Frankreich bestanden die niedrigsten Vermögen im Jahr 2015 (wie in allen Ländern, für die Daten vorliegen) hauptsächlich aus liquiden Mitteln und Bankguthaben, durchschnittliche Vermögen aus Immobilien und hohe Vermögen aus Finanzanlagen (hauptsächlich Aktien). Hinweis: Die hier angeführte Verteilung bezieht sich auf das Vermögen pro Erwachsenem. Das gemeinsame Vermögen von Paaren wurde durch zwei geteilt. Quellen und Reihen: siehe [piketty.pse.ens.fr/ideologie](http://piketty.pse.ens.fr/ideologie). Thomas Piketty, *Kapital und Ideologie*, S. 697.

Euro (mit Kaufkraft von 2016) von 25 000 auf etwas über 33 000 Euro, also um etwa 30 %. In derselben Zeit verdoppelte sich das durchschnittliche Eigentum pro Erwachsenen, insbesondere angetrieben von Immobilienwerten. Es stieg von 90 000 auf 190 000 Euro. Noch auffälliger ist, dass das Vermögen des reichsten 1 %, das mehr als 70 % des Finanzvermögens umfasst, von 1,4 auf 4,5 Millionen Euro anstieg, sich also mehr als verdreifachte. Das Vermögen der reichsten 0,1 %, deren Bestände zu 90 % aus Finanzvermögen bestehen und die im besonderen Maße von der Abschaffung der Vermögensteuer profitieren, wuchs von 4 auf 20 Millionen Euro, verfünffachte sich also. Die größten Finanzvermögen stiegen also noch schneller als die Immobilienvermögen. Gäbe es eine Steuerflucht, müsste es doch genau andersherum sein.

Zum selben Ergebnis gelangt man in den Vermögensranglisten in Frankreich und in allen anderen Ländern. Laut Forbes wuchsen die weltweit größten Vermögen, die fast ausschließ-

lich aus Finanzwerten bestehen, seit 1980 jährlich um 6–7 % (über der Inflation), also drei- bis viermal schneller als das BIP und das weltweite Pro-Kopf-Vermögen. Manche wollen darin ein nahezu messianisches Zeichen für wohlthuenden Unternehmergeist erkennen. In Wahrheit lassen sich dieselben Entwicklungen für zahlreiche Vermögen aus Nachlässen beobachten (wie etwa das L'Oréal-Vermögen, dessen Erbin kürzlich verstorben ist). Die Entwicklung verdankt sich auch einigen vorteilhaften Privatisierungen und besonders lukrativen Monopolstellungen, insbesondere im Energiesektor, im Telekommunikationsbereich und bei neuen Technologien in Europa, den Vereinigten Staaten, Russland, Mexiko, Indien oder China. Unabhängig von der jeweiligen Ansicht zur Bedeutung einzelner Faktoren wird man sich wohl in jedem Fall einig sein, dass eine Vermögensteuer mit einem Spitzensteuersatz von 1,5 oder 2 % (oder mehr) die steuerliche Basis nicht ernsthaft bedroht, wenn derartige Wertentwicklungen bestehen, und dass es andere Prioritäten gibt als Steuergeschenke für diejenigen, denen es am besten geht.

Der Trick, die Vermögensteuer in eine Immobiliensteuer umzuwandeln, um nicht von einer völligen Abschaffung der Vermögensteuer sprechen zu müssen, macht sprachlos. Es gibt keinen logischen Grund, Häuser oder Gebäude höher zu besteuern als Finanzportfolios, Yachten oder andere bewegliche Wertgegenstände. Hoffen wir, dass sich die Abgeordneten darauf besinnen, dass sie für ein solches Schmierentheater nicht gewählt wurden.

## Manifest für die Demokratisierung Europas

10. Dezember 2018

*Dieses Manifest wurde von Intellektuellen und Forschern erarbeitet (Manon Bouju, Lucas Chancel, Anne-Laure Delatte, Stéphanie Hennette, Thomas Piketty, Guillaume Sacriste, Antoine Vauchez) und von mehr als 100 000 Bürgerinnen und Bürgern Europas unterzeichnet ([www.tdem.eu](http://www.tdem.eu)).*

Wir, die Bürgerinnen und Bürger Europas, die wir aus unterschiedlichen Ländern stammen und unterschiedliche Geschichten haben, unterzeichnen heute gemeinsam einen Appell zur grundlegenden Veränderung der europäischen Institutionen und der europäischen Politik. Dieses Manifest enthält konkrete Vorschläge, insbesondere Entwürfe für einen Demokratisierungsvertrag und einen gemeinsamen Haushalt. Jedes Land kann diese Vorschläge in dieser Form annehmen und umsetzen, ohne die Zustimmung eines anderen Staats abzuwarten. Alle Bürgerinnen und Bürger Europas können dieses Manifest, wenn sie es unterstützen möchten, online unterzeichnen.<sup>1</sup> Jede politische Bewegung darf es übernehmen und verbessern.

Nach dem Brexit und der Wahl europafeindlicher Regierungen in mehreren Mitgliedstaaten dürfen wir nicht mehr weitermachen wie zuvor. Wir dürfen nicht einfach die nächsten EU-Austritte, die nächsten Rückschritte abwarten, ohne das gegenwärtige Europa grundlegend zu verändern.

1 [www.tdem.eu](http://www.tdem.eu).

Unser Kontinent erlebt aktuell eine Zerreißprobe. Auf der einen Seite hetzen politische Bewegungen gegen Ausländer und Flüchtlinge, und mittlerweile bleibt es nicht mehr nur bei Hetze. Auf der anderen Seite halten Parteien, die sich selbst als europäisch bezeichnen, den extremen Liberalismus und den Wettbewerb aller gegen alle (Staaten, Unternehmen, Regionen, Einzelpersonen) für eine hinreichende politische Vision. Sie merken nicht, dass sich die Menschen gerade von fehlenden sozialen Ambitionen im Stich gelassen fühlen.

Dieses tödliche Gespann wollen einzelne soziale und politische Bewegungen brechen. Sie verlangen eine politische, soziale und ökologische Umgestaltung Europas. Denn das Krisenjahrzehnt hat für reichlich Handlungsbedarf gesorgt. Die Daseinsvorsorge ist strukturell unterfinanziert, vor allem in Bildung und Forschung, die soziale Ungleichheit wächst, der Klimawandel beschleunigt sich, und wir gehen auf katastrophale Weise mit Migranten und Flüchtlingen um. Doch diesen Bewegungen fällt es oft schwer, konkret zu formulieren, wie das Europa der Zukunft aussehen und die demokratische Entscheidungsfindung ablaufen soll.

Wir, die Bürgerinnen und Bürger Europas, verkünden mit diesem Manifest, diesem Abkommen und diesem Haushalt konkrete Vorschläge. Sie sind nicht perfekt, liegen aber immerhin vor. Sie sind zu übernehmen und zu verbessern. Uns eint eine einfache Überzeugung: Europa soll für seine Bürgerinnen und Bürger ein eigenes soziales, gerechtes und nachhaltiges Entwicklungsmodell schaffen und kann sie nur davon überzeugen, wenn Politiker nicht mehr bloß vage und theoretische Versprechungen machen. Europa bringt seine Bürgerinnen und Bürger nur auf seine Seite, wenn die Politik den konkreten Beweis erbringt, dass die europäische Idee von Solidarität geprägt ist und die Globalisierungsgewinner zur Finanzierung der öffentlichen Güter beitragen, die Europa momentan so nötig hat. Große Unternehmen müssen also mehr beitragen als kleine

und mittlere, und die reichsten Steuerzahler müssen mehr zahlen als die ärmsten. Heute ist das nicht der Fall.

Unsere Vorschläge umfassen einen von einer souveränen europäischen Versammlung beschlossenen Demokratisierungshaushalt, der Europa mit einer Staatsgewalt ausstattet, die den Handlungsbedarf unverzüglich angehen und im Rahmen einer nachhaltigen und solidarischen Wirtschaft öffentliche Güter produzieren kann. So lässt sich das in den Römischen Verträgen verankerte Versprechen einer Angleichung der «Lebens- und Arbeitsbedingungen auf dem Wege des Fortschritts» mit Leben füllen.

Je nach Beschluss der europäischen Versammlung wird dieser Haushalt von vier großen europäischen Steuern gespeist, konkreten Zeichen der europäischen Solidarität. Besteuert werden Gewinne großer Unternehmen, Spitzeneinkommen über 200 000 Euro im Jahr, Vermögen von mehr als einer Million Euro und CO<sub>2</sub>-Emissionen, und zwar mit mindestens 30 Euro pro Tonne, wobei sich dieser Betrag jährlich erhöht. Würde dieser Haushalt – wie in unserem Vorschlag vorgesehen – auf 4 % des BIP festgesetzt, könnte er Forschung, Bildung und Universitäten finanzieren. Hinzu käme ein ambitioniertes Investitionsprogramm, um unser Wachstumsmodell zu verändern, die Aufnahme von Migranten zu finanzieren und die Akteure dieses Wandels zu unterstützen. Die Mitgliedstaaten erhalten aber auch haushaltspolitische Handlungsspielräume, um regressive Steuern auf Gehälter und Konsum zu senken.

Dabei soll kein «Europa des Finanzausgleichs» entstehen, in dem das Geld der «disziplinierten» Länder an die «nachlässigeren» fließt. Der Entwurf eines Demokratisierungsvertrags<sup>2</sup> beschränkt die Spanne zwischen erhaltenen Zuwendungen und geleisteten Steuerzahlungen pro Land auf 0,1 % seines BIP. Diese Schwelle kann erhöht werden, wenn man sich einig ist,

aber das ist gar nicht das Ziel. Es geht zunächst darum, die Ungleichheiten *innerhalb* der jeweiligen Länder zu reduzieren und in die Zukunft *aller* Europäer zu investieren, angefangen bei den jüngsten, ohne dass dabei *ein* bestimmtes Land bevorzugt würde. Davon ausgenommen sind Ausgaben und Investitionen, die von gemeinsamem Interesse sind und allen Ländern zugutekommen, etwa beim Kampf gegen den Klimawandel in einem bestimmten Land. Da der Demokratisierungshaushalt in Europa öffentliche Güter finanziert, von denen alle Mitgliedstaaten profitieren, führt er *de facto* zu einer Angleichung *zwischen* den Ländern.

Da es schnell gehen muss und Europa seinen technokratischen Trott überwinden soll, schlagen wir eine europäische Versammlung vor, die diese europäischen Steuern und den Demokratisierungshaushalt diskutieren und beschließen kann. Dafür sind nicht gleich alle europäischen Verträge zu ändern.

Natürlich muss die europäische Versammlung mit den gegenwärtigen Entscheidungsinstanzen in einen Dialog treten, insbesondere mit der Eurogruppe, in der sich die Finanzminister der Eurozone jeden Monat informell treffen. Sie hat aber bei Uneinigkeit das *letzte Wort*. Sie muss einen neuen *transnationalen politischen Raum* bilden, wo Parteien, soziale Bewegungen und Nichtregierungsorganisationen (NGOs) endlich die Oberhand gewinnen. Sie muss aber auch handlungsfähig sein, um Europa endlich dem ewigen Stillstand der zwischenstaatlichen Verhandlungen zu entreißen. Wir dürfen nicht vergessen, dass das Einstimmigkeitsgebot in Steuerfragen in der Europäischen Union seit Jahren die Schaffung einer europäischen Steuer blockiert und dem weiteren Steuerdumping zugunsten der Reichsten und Mobilsten Vorschub leistet. Das wird übrigens unverändert fortgesetzt, allen Reden zum Trotz. Erst mit neuen Beschlussregeln kann ihm Einhalt geboten werden.

Da diese europäische Versammlung befugt sein wird, Steuern einzuführen, und zum Kern des Demokratie-, Fiskal- und

Sozialpakts der Mitgliedstaaten vordringt, sind Abgeordnete aus nationalen und europäischen Parlamenten einzubeziehen. Wenn die Ersteren höheres Gewicht erhalten, werden nationale Parlamentswahlen *de facto* zu Europawahlen. Die Abgeordneten können nicht mehr einfach Brüssel die Schuld geben und müssten ihren Wählern erklären, wie sie sich zum Haushalt und den zu finanzierenden Projekten in der europäischen Versammlung positionieren. Begegnungen von Abgeordneten nationaler Parlamente auf europäischer Ebene schaffen ein Gespür für gemeinsame Entscheidungen, das bislang Staatschefs und Finanzministern vorbehalten ist.

Deshalb schlagen wir im Demokratisierungsvertrag vor, dass 80 % der Mitglieder der europäischen Versammlung aus den nationalen Parlamenten der beteiligten Länder stammen sollen. Dabei wird das Verhältnis der Bevölkerungen und Fraktionen gewahrt. 20 % der Sitze gehen an Mitglieder des aktuellen Europäischen Parlaments (im Verhältnis der Fraktionen). Das muss diskutiert werden. Es könnte auch mit einem kleineren Anteil an Abgeordneten aus nationalen Parlamenten funktionieren (etwa 50 %). Wenn aber dieser Anteil zu gering wird, ist die europäische Versammlung unseres Erachtens nicht mehr ausreichend legitimiert, alle europäischen Bürgerinnen und Bürger zu einem neuen Sozial- und Fiskalpakt zu verpflichten. Demokratische Legitimierungskonflikte zwischen nationalen und europäischen Wahlen könnten das Projekt schnell untergraben.

Wir müssen jetzt handeln und dürfen nicht länger warten. Es wäre gewiss wünschenswert, wenn alle Länder der Europäischen Union bald mitmachen, und es wäre vorteilhaft, wenn die vier größten Länder der Eurozone (die gemeinsam über 70 % von deren BIP und Bevölkerung ausmachen) gleich zu Beginn beitreten. Doch das gesamte Projekt ist so gestaltet, dass es juristisch und wirtschaftlich von jedem Land angenommen und angewandt werden kann. Das ist wichtig, denn Länder und

Parteien können so konkret unter Beweis stellen, dass sie vorankommen wollen, indem sie diesen Entwurf oder eine verbesserte Fassung annehmen. Wir rufen alle Bürgerinnen und Bürger dazu auf, ihre Verantwortung wahrzunehmen und eine konstruktive Debatte über die Zukunft Europas zu führen.



# Das Ende des Kapitalismus im 21. Jahrhundert?

Von Thomas Piketty

Am 7. November 2014 hielt der französische Wirtschaftswissenschaftler Thomas Piketty die erste Democracy Lecture der »Blätter für deutsche und internationale Politik«. Sie bildete den Auftakt einer neuen Veranstaltungsreihe, die wir in Zusammenarbeit mit dem Haus der Kulturen der Welt in Berlin durchführen. In dieser werden wichtige Intellektuelle zu den dramatischen Herausforderungen unserer Zeit Stellung beziehen.

Piketty, dessen Buch »Das Kapital im 21. Jahrhundert« derzeit weltweit für Furore sorgt (siehe dazu auch Paul Krugman, Thomas Piketty oder Die Vermessung der Ungleichheit, in: »Blätter«, 6/2014, S. 71-81, sowie Rainer Rilling, Thomas Piketty und das Märchen vom Gleichheitskapitalismus, in: »Blätter«, 11/2014, S. 81-91), diskutierte im Anschluss an seinen Vortrag mit Susan Neiman, Hans-Jürgen Urban und Joseph Vogl, moderiert von Mathias Greffrath.

Der ungeheure Andrang von rund 2500 Interessierten überstieg alle unsere Erwartungen. Umso mehr freuen wir uns, gerade all jenen, die die Veranstaltung nicht vor Ort verfolgen konnten, im Folgenden sowohl Thomas Pikettys Rede als auch die anschließende Debatte ungekürzt präsentieren zu können. Die Übersetzung aus dem Französischen stammt von Christa Herterich. Auf unserer Website [www.blaetter.de](http://www.blaetter.de) finden Sie zudem die filmischen Mitschnitte von Vortrag und Diskussion. – D. Red.

**S**ehr verehrte Damen und Herren, ich fühle mich geehrt, hier heute die erste „Democracy Lecture“ halten zu können. Natürlich habe ich mich sehr über den großen Erfolg meines Buches in den Vereinigten Staaten gefreut. Doch ich bin zutiefst Europäer und interessiere mich im Grunde mehr für die europäische als für die amerikanische Diskussion. Und Deutschland ist natürlich ein bedeutender Teil Europas. Ich bin also wirklich sehr glücklich, dass soeben die deutsche Fassung meines Buches erschienen ist und ich heute Abend hier sein kann.

Umso mehr, als man hier in Deutschland, und speziell hier in Berlin, in wenigen Tagen diesen sehr wichtigen Jahrestag begeht. Ich bin 1971 geboren, gehöre also zu der betroffenen Generation. 1989 war ich 18 Jahre alt und so bin ich quasi erwachsen geworden mit der Radiomeldung vom Fall der Mauer, vom Zusammenbruch der kommunistischen Regime in Osteuropa. Wie viele Studenten bin ich damals durch Osteuropa gereist, also wirklich erwachsen geworden mit dieser neuen Welt, die da aufgebaut wurde. Es ist daher sehr bewegend für mich, heute Abend hier zu sein und über mein Buch sprechen zu können.

„Das Kapital im 21. Jahrhundert“ hat primär die Untersuchung des Kapitals in historischer Perspektive zum Gegenstand. Es unternimmt den Versuch herauszufinden, wie man die Entwicklung von Ungleichheiten, von Herrschaftsverhältnissen historisch analysieren kann, die mit der Geschichte des Kapitals und unterschiedlichen Eigentumsformen seit der industriellen Revolution einhergehen.

Der erste Satz des ersten Kapitels meines Buches ist Artikel 1 der *Déclaration des Droits de l'Homme et du Citoyen* von 1789 entnommen, der besagt: Die sozialen Unterschiede können nur im allgemeinen Nutzen gründen. Anders ausgedrückt besteht das demokratische Ursprungsversprechen genau darin: Soziale Ungleichheiten und Unterschiede können akzeptiert werden, allerdings nur unter der Bedingung, dass sie im allgemeinen Interesse liegen. Man kann diesen Artikel durchaus mit einem sehr viel späteren aus dem deutschen Grundgesetz von 1949 vergleichen, dem Artikel 14, der das Recht auf Eigentum anerkennt und garantiert und zugleich versichert, dass das Eigentum so genutzt werden müsse, dass es gleichzeitig zum Wohl der Allgemeinheit beitrage. All diese Ausdrücke – wie allgemeiner Nutzen oder Allgemeinwohl – bleiben offensichtlich sehr vage. Aber das demokratische Versprechen ist immer dasselbe. Es geht im Prinzip darum, demokratische Institutionen zu befähigen, das Kapital, den Kapitalismus, das Eigentumsrecht, in den Dienst des öffentlichen Interesses zu stellen. Und die zentrale Frage lautet, ob dieses Versprechen heute gehalten wird.

In meinem Buch gehe ich zurück in die Geschichte des Kapitalismus – der Metamorphosen des Kapitals und der unterschiedlichen Eigentumsformen seit der industriellen Revolution –, um herauszufinden, was dabei letztendlich nicht funktioniert hat, und zu versuchen, die Frage des Kapitals und seiner Entwicklung so grundlegend wie möglich zu reflektieren.

### **Die Französische Revolution und das gebrochene Versprechen der Gleichheit**

Ich beginne das Buch also mit diesem aus der Menschenrechtserklärung von 1789 stammenden Satz. Überhaupt stehe ich stark unter dem Einfluss der französischen Diskussion über die Gleichheit und die Französische Revolution. Ich zitiere an mehreren Stellen meines Werks Passagen aus dem 1794 veröffentlichten Essay Condorcets über die Geschichte der Entwicklung des menschlichen Geistes, das sehr repräsentativ für den Geist der Aufklärung ist. Darin erklärt uns Condorcet im Wesentlichen, dass, sobald die künstlichen, insbesondere die aristokratischen Barrieren erst einmal geschleift seien, sich die Ungleichheiten naturgemäß verringern werden. Die Gleichheit vor dem Recht, besonders dem Eigentumsrecht, werde schließlich zur Gleichheit an sich führen. Doch dieses Versprechen der Französischen Revolution ist nicht eingelöst worden.

Untersucht man nämlich die Entwicklung der Ungleichheit im Lauf des 19. Jahrhunderts, bemerkt man etliche Widersprüche. Ich bin sehr beein-

druckt von den diversen französischen Illusionen über die Probleme der Ungleichheit, besonders von der Art und Weise, wie die republikanischen Eliten im Frankreich der *Belle Époque*<sup>1</sup> schließlich dazu kamen, sich in der Illusion eines natürlichen Fortschritts zu wiegen, zu dem die formelle Rechtsgleichheit als Eintrittskarte ausreiche.

Frankreich beschreibt sich gerne als Land der Gleichheit, doch dabei herrscht oft eine sehr große Scheinheiligkeit. So ist Frankreich eines der letzten Länder, das im Sommer 1914, vor genau einem Jahrhundert, endlich akzeptiert, eine progressive Einkommensteuer zu schaffen, die in Deutschland bereits seit dem Ende des 19. Jahrhunderts existiert und in England seit dem Anfang des 20. Jahrhunderts. Und einer der Gründe, weswegen dies in Frankreich geschieht, ist nicht etwa die Absicht, Bildung zu finanzieren, sondern den Krieg gegen Deutschland. Das ist letztendlich der einzige Grund, weshalb die Blockade einer solchen Steuer im französischen Parlament endete. Eine ziemlich traurige Geschichte, aber es ist unsere gemeinsame: Einer der Gründe, warum die republikanischen Eliten im Frankreich der *Belle Époque* die Einkommensteuerprogression ablehnen, ähnelt der Leugnung von Ungleichheiten, wie man sie heute häufig bei einem Teil der Eliten vorfindet – bei Wirtschaftswissenschaftlern, aber auch bei den Eliten aus Wirtschaft, Finanz und Politik.

Damals äußert sich diese Leugnung auf ziemlich faszinierende Art und Weise. Ein Großteil der französischen republikanischen Eliten um 1900, 1910 legte sich die Sache nämlich etwa so zurecht: Wir haben in Frankreich schließlich die Französische Revolution gemacht, das sollte genügen. Man muss sie also nicht durch weitere Dinge ergänzen. Gewiss, das aristokratische England bedarf wohl einer Progressivsteuer auf Einkommen und Erbschaften, bei all seinen aristokratischen Vermögen. Doch wir hier in Frankreich haben ja bereits Gleichheit vor dem Gesetz und gleiche Eigentumsrechte hergestellt, es gibt keinen großen Landbesitz mehr, wir müssen da also nichts mehr tun. Wir sind ein Land der Kleinrentner geworden, auf Gleichheit gegründet.

Betrachtet man jedoch rückblickend das Datenmaterial zur Nachfolge- und Erbschaftsentwicklung, das man für diese Epoche hat, wird einem klar, dass es 1914 in Frankreich bei Erbschaften und Vermögen einen enormen Konzentrationsgrad gibt, wie er im Übrigen für alle europäischen Gesellschaften der Zeit charakteristisch ist und der, wie ich meine, das hohe Maß an sozialer und politischer Spannung erklärt, das diese Gesellschaft kennzeichnet und in den Nationalismus taumeln lässt.

Man stellt fest, dass 1914 in Frankreich ein Prozent der Bevölkerung 70 Prozent des Vermögens besitzt. Und dass umgekehrt 70 Prozent der Bevölkerung ohne jegliches Vermögen sterben, genau wie 1820 Balzacs *Père Goriot*, der mit gerade genug persönlicher Habe stirbt, um seine Beerdigungskosten bezahlen zu können. Man hat also 1914 unter dem Strich eine Reichtumskonzentration, die sich nicht wesentlich von der von 1820 oder 1789 unterscheidet.

1 Bezeichnet werden damit die 30 Jahre um die Jahrhundertwende, von 1880 bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs. – D. Red.

Anders gesagt: Das Versprechen der Französischen Revolution hatte sich als Täuschung erwiesen, jedenfalls, was die Gleichheit angeht, und ein großer Teil meiner Untersuchungen besteht in der Frage, was letztendlich an diesem Versprechen nicht funktionierte – warum man also 1914 mit demselben Konzentrationsgrad der Vermögen konfrontiert ist wie 1789, und ob heute, nach all den Erschütterungen des 20. Jahrhunderts, nicht das Risiko besteht, dass man sich einem im Grunde wenig davon abweichenden Grad der Ungleichheit nähert.

### $r > g$

Um dieser Frage auf den Grund zu gehen, habe ich „Das Kapital im 21. Jahrhundert“ geschrieben. Stützen konnte ich mich dabei auf umfangreiche kollektive Untersuchungen im Rahmen eines internationalen Forschungsprogramms: gemeinsame historische Nachforschungen in Archiven über Erbschaften, Einkommensteuererklärungen in mehr als 20 Ländern über drei Jahrhunderte hinweg. Diese Forschungsarbeit, die ich natürlich unmöglich allein hätte bewältigen können, führte mich letztlich zu dem Schluss, dass einer der wichtigen Mechanismen, der erklärt, warum die Welt von 1914 so ungleich ist wie die von 1789 und wie die von morgen es wieder werden könnte, sich auf eine Formel bringen lässt, nämlich:  $r > g$ . Es geht dabei um das unterschiedliche Wachstum von Kapitalrenditen und Wirtschaftswachstum.

Ich will ganz kurz die Bedeutung dieser Beobachtung erklären, ferner was sich im Lauf des 20. Jahrhunderts geändert hat und schließlich, wie sich diese Frage, also die Diskrepanz zwischen Kapitalrendite und Wirtschaftswachstum, in Zukunft stellt.

Kurz gesagt ist während des wesentlichen Teils der Menschheitsgeschichte – auch wenn man es nicht so formuliert hat – für jedermann evident, dass  $r$  größer als  $g$ , also die Rendite größer als das Wachstum ist. Aus dem einfachen Grund, dass das Wachstum im relevanten Teil der Menschheitsgeschichte bis zur industriellen Revolution nahe null war. Auch die Bevölkerung nimmt sehr, sehr langsam zu, die Agrarproduktion ebenso, die Wachstumsrate liegt also im Verhältnis zu unseren aktuellen Standards sehr nahe bei 0 Prozent, vielleicht bei 0,1 bis 0,2 Prozent, ist also ganz schwach. Die Kapitalrendite dagegen liegt in traditionellen Agrargesellschaften offensichtlich nicht bei 0 Prozent, sondern gewöhnlich bei um die 4 oder 5 Prozent. Jeder Leser der Literatur des 18. oder 19. Jahrhunderts weiß genau, dass man für ein Jahreseinkommen von 1000 Pfund ein Kapital von 20 000 Pfund benötigt, denn 5 Prozent von 20 000 ergeben nun einmal 1000 Pfund. Das ist einfach selbstverständlich für einen Leser von Jane Austen oder von Balzac, dass der Romancier im selben Absatz ständig zwischen der Höhe des Kapitals und der Einkünfte hin- und herspringt, da jeder genau weiß, wie das funktioniert.

Dieses Phänomen ist aber enorm wichtig für die Gesellschaftsstruktur im Ganzen. Es ist eine Frage, die Einfluss darauf hat, zu welchem Lebensstan-

dard man Zugang hat, welche Leute man trifft, wen man heiratet, mit wem man sich unterhält – also etwas sehr Tiefgehendes. In gewisser Weise ist  $r > g$  geradezu die Basis der traditionellen patrimonialen Gesellschaft, denn diese Relation erlaubt einer Bevölkerungsgruppe, genauer: einer Gruppe von Besitzenden, von den Einkünften ihres Eigentums, speziell ihres Grundeigentums, zu leben. Außerdem kann das Eigentum bereits damals auch andere Formen annehmen. Und dies erlaubt einem Teil der Bevölkerung, sich anderen Dingen zu widmen als der Sorge um das eigene Überleben und sich künstlerischen, kriegerischen, wissenschaftlichen oder welchen Aktivitäten auch immer zuzuwenden.

### Die industrielle Revolution und ihre Folgen

Eines der wichtigen Resultate meines Buches ist, dass die moderne industrielle Revolution und das stärkere Wachstum letztlich an dieser Realität weniger geändert haben, als man manchmal meint. Das Wachstum hat mit der industriellen Revolution im 19. Jahrhundert gewiss zugenommen, es ist von 0 auf 1, 1,5 oder 2 Prozent gestiegen, aber die Kapitalrendite ihrerseits hat im gleichen Zeitraum mit neuen Investitionen und Ausrüstungen in der Industrie und dem Wachstum der Produktion erst recht zugenommen. Man hat im 19. Jahrhundert Kapitalrenditen, die 6 oder 7 Prozent erreichen können, wie es auch heute noch über sehr lange Zeiträume bei in Börsentransaktionen investiertem Aktienkapital zu Renditen von 6 oder 7 Prozent kommen kann, und eventuell zu mehr.

Somit unterschied sich das Verhältnis zwischen Kapitalrendite und Wachstum im 19. Jahrhundert nicht so sehr von dem im 18. Jahrhundert. Das ist meines Erachtens einer der zentralen Gründe dafür, dass der Konzentrationsgrad des Vermögens 1914 sich wenig von dem im *Ancien Régime* unterscheidet.

Was sich aber völlig verändert hat, ist das Wesen des Eigentums. Man ist vom Agrareigentum übergegangen zu einem Immobilien-, Finanz- und Industriekapital sowie international sehr wichtigem Anlagevermögen. Um 1900, 1910 haben wir es mit einer sehr modernen Gesellschaft zu tun. Damals werden das Automobil, die Industrieproduktion, Elektrizität erfunden, was mindestens so wichtig ist wie heute Facebook. Es handelt sich also um eine alles andere als stagnierende Gesellschaft, die aber gleichzeitig in hohem Maße nicht-egalitär ist.

Dieser Widerspruch einer ökonomischen Moderne, die aber gerade nicht notwendig in eine demokratische Moderne und in eine Demokratisierung des Vermögens und der Macht mündet, steht im Mittelpunkt meiner Recherchen und hat mich sehr beeindruckt. Besonders bis 1914 gibt es keinerlei Tendenz zu einer Dekonzentration des Vermögens, im Gegenteil. Man findet sogar in den besten Archiven, den besten Erbschaftsakten, die sich auftreiben lassen, eher die Tendenz zu einer wachsenden Vermögenskonzentration bis zum Ersten Weltkrieg.

Im Lauf des 20. Jahrhunderts schließlich sind es sehr gewaltsame Erschütterungen, eine Art Selbstzerstörung vor allem der europäischen Gesellschaften, die das bisherige Kapitalverhältnis modifizieren. Die Weltkriege – der Erste, die Krise der 30er-Jahre, und dann der Zweite – haben zu beträchtlicher Kapitalvernichtung geführt, womit die Kapitalrenditen auf ein sehr niedriges Niveau fallen. Der Wiederaufbau in der Nachkriegszeit führt dann zu besonders erhöhten Wachstumsraten, von 4 bis 6 Prozent jährlich, die das Verhältnis zwischen Kapitalrendite und Wachstum total durcheinander bringen, allerdings aus Gründen, die mit den außergewöhnlich gewaltsamen Erschütterungen eng verbunden sind. Erschütterungen, von denen man, wie oben gesagt, vermuten kann, dass sie durch den zentralen Widerspruch nicht nur von 1914 mitverursacht sind – zwischen dem demokratischen Versprechen auf Gleichheit und der kapitalistischen, hyperungleichen Realität.

Heute finden wir uns in einer Situation wieder, in der gewisse Leute glauben möchten, dass das Wachstum von 4 bis 5 Prozent pro Jahr wiederkommen und uns vor Ähnlichem bewahren wird. Aber das ist offenbar völlig illusorisch. Nur in Perioden ökonomischen Neuanfangs, des Wiederaufbaus, gibt es derart hohe Wachstumskurven. Daher müssen wir uns meines Erachtens an ein relativ niedriges Wachstum gewöhnen, von 1 bis 1,5 Prozent im Jahr. Vielleicht wird die Sache konkreter, wenn wir über diesen sehr abstrakten Wachstumsbegriff im Zeitraum einer Generation oder von 30 Jahren nachdenken. 1 oder 1,5 Prozent pro Jahr will immerhin sagen, dass sich über eine Generation ein Drittel bis zu einer Hälfte der Wirtschaft erneuert hat. Das bedeutet also in Wirklichkeit ein extrem hohes Tempo des Wandels. Und das erfordert insbesondere ein System von sozialen und Bildungseinrichtungen, das es jedem erlaubt, seinen Platz in einer Gesellschaft zu finden, die sich so schnell verändert. Und das ist durchaus nicht einfach.

Wenn man das Wachstum langfristig, also seit der industriellen Revolution betrachtet, hat es auf Weltniveau den verfügbaren Schätzungen zufolge über drei Jahrhunderte um 1,6 Prozent pro Jahr zugenommen. Das mag wenig erscheinen. Doch in Wirklichkeit ist dieses über drei Jahrhunderte kumulierte Wachstum von jährlich 1,6 Prozent beträchtlich.

Es ist zudem interessant zu konstatieren, dass dieses Wachstum sich in der Geschichte in zwei fast gleiche Hälften teilen lässt, nämlich einerseits das Bevölkerungswachstum, das über drei Jahrhunderte auf Weltebene durchschnittlich 0,8 Prozent pro Jahr beträgt, und andererseits das Produktionswachstum pro Kopf, das ebenfalls 0,8 Prozent beträgt. Macht zusammen 1,6 Prozent. Ein Wirtschaftswachstum von 0,8 Prozent im Jahr mag lächerlich niedrig erscheinen. Jedenfalls für Leute, die sich einbilden, man könne nur dann zufrieden sein, wenn man die 5 Prozent jährlich aus der Epoche der *Trente Glorieuses* wiederbekommt. Doch eine demographische Wachstumsrate von 0,8 Prozent im Jahr reicht, wie sich gezeigt hat, um die Weltbevölkerung von 600 Millionen Menschen zu Anfang des 18. Jahrhunderts auf 7 Milliarden heute anwachsen zu lassen. Also die Weltbevölkerung zu verzehnfachen. Das hat auch den durchschnittlichen Lebensstandard mit dem Faktor 10 multipliziert, soweit sich dergleichen überhaupt quantifizieren lässt.



Doch was das Bevölkerungswachstum um das Zehnfache in 300 Jahren angeht: Wird es eine weitere Verzehnfachung in den nächsten drei Jahrhunderten geben? Das ist weder sicher noch unbedingt wünschenswert. Aber auch eine Stagnation oder gar Verringerung der Bevölkerung haben etwas Beunruhigendes an sich, und speziell die möglichen Konsequenzen für die Entwicklung der Ungleichheit können erschrecken. Das in der Vergangenheit akkumulierte Eigentum nimmt in einer abnehmenden Bevölkerung automatisch an Gewicht stark zu. Und tatsächlich ist es möglich, dass das Erbe und das Erbrecht in der deutschen oder der japanischen Gesellschaft im Jahr 2030 oder 2040 schwerer wiegt und wichtiger ist als in der Epoche Balzacs, falls der Rückgang der Bevölkerung sich zukünftig fortsetzt.

In einer Gesellschaft, die schrumpft, gäbe es im Extremfall eine letzte Generation. Diese Generation wäre Erbin des gesamten im Lauf der vorhergehenden Jahrhunderte akkumulierten Vermögens. Eine Gesellschaft mit einem Bevölkerungsrückgang von bisweilen 30 Prozent je Generation ist noch nicht ganz bei der letzten Generation angekommen, aber die Vermögensvererbung erhält hier eine äußerst wichtige Bedeutung. Ein leicht positives Bevölkerungswachstum wäre daher wohl vorzuziehen. Allerdings ist es wenig wahrscheinlich, dass sich die historisch beobachtete Bevölkerungszunahme wiederholt. Im günstigsten Fall dürfte sie um die 0 Prozent liegen.

Und was ist mit der Produktion pro Kopf? Um entsprechend der seit der industriellen Revolution zu beobachtenden Durchschnittsrate von 0,8 Prozent weiter zu wachsen, müssen andere Energiequellen als die derzeit verfügbaren gefunden werden. Mit den aktuellen Technologien und aktuell disponiblen Naturressourcen wird sich dieses Wachstum, selbst um nur 0,8 Prozent jährlich, nicht sehr lange fortsetzen lassen. Möglicherweise werden technologische Entdeckungen ein immaterielles Wachstum eigener Art ermöglichen, das den Rhythmus fortsetzt. Aber in dieser Hinsicht gibt es derzeit keine Gewissheit. Man wird daher lernen müssen, mit einem Wachstum zu leben, das strukturell schwach ist, und mit einer Kapitalrendite, die strukturell über der Wachstumsrate liegt – was automatisch nicht zu grenzenlosen, aber zu potentiell weit höheren Ungleichheiten führt als zu denen, an die wir uns in der Nachkriegszeit gewöhnt hatten.

### **Europas Herausforderung: Mehr Demokratie und Transparenz wagen**

Deshalb bedarf es außerordentlich starker demokratischer Institutionen, um eine derartige Ungleichheitsdynamik zu regulieren. Daher lautet die möglicherweise wichtigste Schlussfolgerung aus meiner Arbeit: Nötig ist vor allem demokratische Transparenz bezüglich der Einkommen und Vermögen, und zwar über die Art und Weise, wie die verschiedenen Einkommens- und Vermögensgruppen von dem Wachstum profitieren, das uns heute so grausam im Stich lässt. Das gilt besonders für Europa. Damit komme ich im letzten Teil meiner Ausführungen auf die konkreten Herausforderungen zu sprechen, mit denen sich Europa heute auseinandersetzen muss.

Der entfesselte Wettstreit zwischen Ländern, um Investitionen anzulocken, führt zu einem Grad finanzieller Undurchsichtigkeit vor allem zwischen europäischen Ländern, der äußerst schädlich für die Demokratie ist. Ich komme aus einem Land, wo vor einigen Jahren ausgerechnet der Finanzminister ein Konto in der Schweiz hatte. Und der Präsident war darüber nicht einmal informiert. Und der Minister, in Frankreich mit der Besteuerung betraut, bildete sich ein, er könne mit seinem Konto einfach unbekümmert so weiter machen. Das ist eine für die Demokratie sehr beunruhigende Situation. Schließlich mussten erst die USA Sanktionen über die Schweizer Banken verhängen, damit es in Europa ein klein wenig Bewegung gab in Richtung Transparenz der Finanzen und der automatischen Übermittlung von Bankinformationen. Offensichtlich versagt hier das europäische System an der Aufgabe, den Kapitalmarkt transparent zu machen.

Europa steht heute vor Herausforderungen, die von ziemlich anderer Art sind als die, mit denen die USA konfrontiert sind. In den USA gibt es einen gewaltigen Anstieg der Ungleichheiten. Diese haben meiner Meinung nach dem privaten Geld in der amerikanischen Politik ein Gewicht gegeben, das objektiv sehr beunruhigend ist, wie man etwa bei den letzten Wahlen sehen konnte. In Europa war der Anstieg der Ungleichheiten weit weniger stark – dank sozialer, fiskalischer und demokratischer Institutionen, die fundamental egalitärer sind als in den USA. Allerdings sollte man diese Institutionen nicht als an sich gegeben auffassen. Ich denke, dass es in Wirklichkeit ein zunehmendes Risiko ihres Zerfalls gibt, vor allem durch den erwähnten Prozess einer zügellosen Steuerkonkurrenz zwischen den Ländern Europas, wobei man speziell bezüglich der Unternehmensteuer zweifellos noch nicht ans Ende gekommen ist. Vor einigen Tagen gab es ja neue Enthüllungen über Luxemburgs Steuervergünstigungen. Ich denke, dass diese Lage in Europa sich noch verschärfen könnte und letztendlich hoch beunruhigend ist.

### **Die Finanzkrise von 2008 und das Versagen Europas**

Meines Erachtens hat die Politik in Europa nach der Finanzkrise von 2008 eine große Gelegenheit verstreichen lassen. Diese Krise ging ja anfangs von den USA aus; sie entstand aus evidenten Exzessen der Finanzderegulierung und aus einer Krise des privaten amerikanischen Finanzsektors. Wegen der zerfallenden demokratischen Institutionen in Europa hat man die Krise zu Unrecht in eine Schuldenkrise der öffentlichen Hand umgewandelt, auf Grund der schlechten Organisation und eines Übermaßes an Moralisierung der ökonomischen Ungleichheiten zwischen den Mitgliedsländern. Es kam zu einer Art Sakralisierung der Kräfte des Marktes und des Wettbewerbs, die manchmal als zu ausschließliche, zu exklusive Begründung für unser europäisches Projekt herhalten müssen. Eine Auffassung, die in Irrtümer mündet, die man jedoch vermeiden kann, wenn man sich unserer gemeinsamen Geschichte des Kapitalismus erinnert, besonders jener wichtigen Lehren, die man in dieser Geschichte bezüglich der öffentlichen Verschuldung findet,



die ich in meinem Buch ebenfalls zu erzählen versuche. Wir sind heute in Europa und der Eurozone mit einer Krise konfrontiert, die unüberwindbar scheint – und zwar insbesondere aufgrund ihrer Verbindung mit einer sehr starken öffentlichen Verschuldung, die um die 100 Prozent des BIP im Jahr beträgt. Etwas weniger in Deutschland, etwas mehr in Italien, jedoch um die 100 Prozent in den meisten Ländern der Eurozone. Es ist wichtig, sich bei diesen Fragen bewusst zu machen, dass dies nicht die erste Krise der öffentlichen Verschuldung in der Geschichte ist. In der Vergangenheit gab es noch höhere Verschuldungsgrade. Es ist wichtig und interessant, wie man damals diese Frage geregelt hat und aus der Verschuldung herausgekommen ist.

1945, am Ende des Zweiten Weltkriegs, hatten Frankreich und Deutschland eine Staatsverschuldung von ungefähr 200 Prozent des BIP, also doppelt so hoch wie heute. Und 1950 hatten beide Länder eine Verschuldung von nur noch 20 bis 30 Prozent des BIP. Wie haben sie das binnen fünf Jahren angestellt? Nun, diese öffentlichen Schulden sind nie zurückgezahlt worden. Sie wurden durch Inflation vernichtet und durch gezielte Gegenmaßnahmen [in Westdeutschland etwa durch die Währungsreform von 1948] aus der Welt geschafft. Dies erlaubte es, 1950 unter guten Bedingungen den Wiederaufbau mit staatlich-demokratischer Macht in Angriff zu nehmen, sprich: in die Zukunft zu investieren, in das Erziehungswesen und in soziale Institutionen. Hätte man hingegen eine Staatsschuld von 200 Prozent Jahr für Jahr mit irgendwelchen Haushaltsüberschüssen in Höhe von einigen Punkten des BIP abtragen müssen – und zudem ohne Inflation, dann hätte uns das alle erledigt und man wäre nicht von der Stelle gekommen. Man hätte sich also niemals an die Rekonstruktion der beiden zerstörten Länder machen können.

### **»Göttliche Gerechtigkeit des Marktes«: Deutsch-französische Camouflage**

Deshalb ist es, gelinde gesagt, erstaunlich, dass diese beiden Länder, Frankreich und Deutschland, die im 20. Jahrhundert nie ihre Staatsverschuldung abgetragen haben und sich stattdessen für die gesellschaftliche Investition ins Wachstum zum Wiederaufbau ihrer Länder entschieden, heute den Ländern Südeuropas erklären, ihre Schulden müssten jahrzehntelang erstattet werden.

2011, 2012 demonstrierten Frankreich und Deutschland gegenüber den Ländern Südeuropas ihren Egoismus nach dem Motto: Wo wir einen Zinssatz von 0 oder 1 Prozent für frische Kredite haben, werden wir nicht mit den Südeuropäern teilen. Und wenn die Südeuropäer 4, 5 oder 6 Prozent Zinsen berappen müssen, mag das eine Art ausgleichende göttliche Gerechtigkeit sein – wie alle Aktionen des Marktes, der diese Länder für ihre Fehler bestraft. Nur dass es hier keinerlei ausgleichende Gerechtigkeit gibt: Wenn man innerhalb einer Währungsunion Länder hat, die 0 Prozent Zinsen zu tragen haben, und andere, die mit 3 oder 4 Prozent dabei sind, bedeutet dies, dass in einem Zeitrahmen von zehn Jahren eines der so bestraften Länder mit einer Wahrscheinlichkeit von 30 bis 40 Prozent aus der Union austreten

oder seinen Schuldendienst einstellen wird. Das ist keine normale Situation. Es bedeutet, dass man kein Vertrauen in diese Union mehr hat. Und deshalb geht man heute durch diese schlimme Vertrauenskrise, die bewirkt, dass das Wachstum überall sehr schwach ist, auch in Frankreich und selbst in Deutschland, wo man sich manchmal einbildet, es liege im deutschen Interesse, das gegenwärtige (Un-)Gleichgewicht in der Eurozone zu erhalten. In Wirklichkeit aber verlieren dabei alle.

Ich denke also, dass man hier einem kurzsichtigen Kollektivegoismus erliegt, der heute in Europa, vor allem im Süden, zu einer extrem hohen Arbeitslosigkeit von bis zu einem Viertel oder Drittel insbesondere unter den jungen Leuten führt, die ihr Leben nun ohne irgendwelche Berufserfahrung beginnen müssen, was sehr schädliche Folgen haben wird. Das ist eine sehr schwierige Situation.

### **Der Süden in der Zinsknechtschaft und England als trauriges Exempel**

All diese Begriffe – Zinssätze, Staatsverschuldung, Prozentsatz des BIP – scheinen ja viel zu abstrakt zu sein. Um sich das ein wenig konkreter vorzustellen: Ein Land wie Italien zahlt zurzeit jedes Jahr 6 Prozent des BIP an Schuldzinsen. Im Vergleich dazu beträgt das gesamte Budget für alle italienischen Universitäten 1 Prozent des BIP. Mithin erbringt der italienische Steuerzahler sechsmal so viel an Ressourcen zur Begleichung von Staatsschulden als zur Finanzierung der eigenen Universitäten. Man mag eine Reform des Arbeitsrechts in Italien fordern, um die Lage zu verbessern, doch sicher ist es keine gute Idee, was eine Investition in die Zukunft angeht, so wenig Ressourcen in die Bildung zu investieren.

Der einzige historische Vorläufer einer solchen Situation, der mir einfällt und den ich in meinem Buch analysiere, ist der Fall Englands im 19. Jahrhundert. England hat in der Tat ein ganzes Jahrhundert damit verbracht, seine enorme, aus den napoleonischen Kriegen resultierende Staatsschuld zu begleichen. Das Land ging 1815 aus diesen Kriegen mit einer Verschuldung von 200 Prozent des BIP hervor, also etwa so hoch wie Frankreich und Deutschland 1945 und doppelt so hoch wie die aktuelle europäische Rate. England aber beschloss, alles zu erstatten. Und zwar ohne Inflation, denn im 19. Jahrhundert existierte der Goldstandard, die hundertprozentige Golddeckung. Und England hat tatsächlich ein Jahrhundert lang, von 1815 bis 1914, diese 200 Prozent des BIP zurückgezahlt. Dann gab es effektiv keine Staatsverschuldung mehr, allenfalls noch 20 bis 30 Prozent des BIP. Während dieses Jahrhunderts hat der englische Staat aus seinem Haushalt Jahr für Jahr Schuldzinsen an die Rentiers im eigenen Lande ausgezahlt. Man sieht sie förmlich vor sich, diese Rentenbezieher, in den zeitgenössischen Romanen; aber auch die Haushaltsstatistiken belegen es. Und so machte die Schuldentilgung ein Jahrhundert lang einen bedeutenderen Haushaltsanteil aus als sämtliche Erziehungs- und Schulbudgets im Königreich. Doch das war offensichtlich kein guter Weg, das folgende, das 20. Jahrhundert vorzuberei-

ten. Viele Beobachter sind der Meinung, dass diese Unterfinanzierung der Schulen, samt eines extrem schichtspezifischen Bildungssystems, in gewisser Weise bis heute fort dauert und somit den Niedergang der Produktivität in England im 20. Jahrhundert erklärt.

Deshalb habe ich Angst, dass Europa nun dem gleichen Irrtum erliegt – dass es sich nämlich aus völlig deplatzierten moralisierenden Gründen daran macht, mehr Geld im Interesse der Schuldentilgung auszugeben als in Erziehung und Bildung zu investieren, in saubere Energien, in die Umwelt. Denn auf diesen Feldern liegen die echten Herausforderungen der Zukunft.

### **Die künstliche Staatsverschuldung – als Schuld uns selbst gegenüber**

Im Ergebnis will ich damit sagen, dass die Staatsverschuldung eine künstliche ist. Sie ist eine Schuld uns selbst gegenüber. Man steht nicht beim Planeten Mars in der Kreide. Man gehört auch nicht, wie bisweilen in meiner Heimat kommentiert wird, dem Emir von Katar oder der Bank von China. Die öffentliche Verschuldung, wir halten sie selbst, und die europäischen Länder in ihrer Gesamtheit waren nie so reich wie heute. Gewiss, es sind unsere Regierungen, die arm sind. Damit stellen sich in der Tat eine ganze Menge von Problemen auf Organisationsebene. Aber insgesamt war die Vermögensmasse Europas nie größer als heute. Bezogen auf das BIP hat das Privateigentum weit stärker zugenommen als die Staatsverschuldung. Und die Eurozone als Ganze, die Länder Europas, haben im Rest der Welt mehr Aktivvermögen als der Rest der Welt in Europa. So handelt es sich also letztlich um eine interne Schuld, die man genauso wie jene von 1945/1950 mit einem Federstrich „ausbuchen“, also beseitigen könnte. Hat man jedoch zwei Grad Erderwärmung mehr, wird sich das nicht mit einem Federstrich korrigieren lassen. Und das ist wirklich die größere, die eigentliche Herausforderung.

Wenn es also nicht einmal gelingt, innere Finanzprobleme in unseren politischen Gemeinschaften vernünftig zu lösen, was passiert dann bei größeren Problemen? Ich bin der Auffassung, dass die Politik im europäischen Rahmen primär an einem Demokratiedefizit krankt. Unsere innere Verfassung, die europäischen Verfahrensregeln schreiben uns einstimmige Entscheidungen vor, vor allem in Steuerfragen. Das aber führt uns in schlimme Sackgassen. Man kann nicht eine einzige Währung haben für Gesellschaften, die in zügelloser Konkurrenz zueinander stehen – mit 18 Staatsverschuldungen, 18 Zinshöhen, 18 Unternehmensteuern. Die Lösung liegt daher in einer demokratischen Erneuerung Europas, in demokratischen Institutionen, die es ermöglichen, diese wirtschaftliche Dynamik wieder unter Kontrolle zu bringen und die Kräfte des Marktes und des Kapitals in den Dienst des Interesses der Allgemeinheit, des Allgemeinwohls, zu stellen.

Diese neue Demokratie entsteht auch bzw. vielleicht sogar hauptsächlich durch eine Demokratisierung des Wissens, vor allem des ökonomischen Wissens. Für mich ist es das erste Ziel meines Buches „Das Kapital im 21. Jahrhundert“, zu dieser Demokratisierung des Wissens beizutragen.

Ich betrachte meine Arbeit dabei mehr als die eines Sozialforschers denn eines Ökonomen. Denn ich glaube, dass die Abgrenzungen zwischen Ökonomie, Geschichte, Soziologie oder Anthropologie stark übertrieben werden. Die Ökonomen tun manchmal so, als verfügten sie über eine Wissenschaft, die sie ganz von den anderen Sozialwissenschaften und den anderen Wissenschaftlern absondert. Aber das ist doch ein Witz! Die Ökonomen verfügen über keinerlei Sonderwissenschaft; und das ist das mindeste, was man dazu sagen kann. Die Ökonomen verbringen viel zu viel Zeit mit rein ideologischen Konstruktionen, mit sehr ausgeklügelten mathematischen Modellen, die einem mühelos den Anstrich von Wissenschaftlichkeit verleihen, in Wirklichkeit aber nichts Wissenschaftliches an sich haben.

Ich glaube, dass meine zusammen mit vielen Kollegen realisierte historische Untersuchung von Einkommen und (Erb-)Vermögen bisher aus großenteils falschen Gründen noch nicht durchgeführt worden ist – und zwar besonders deshalb nicht, weil sie den Ökonomen zu historisch und den Historikern zu ökonomisch schien. Ich möchte diesen Punkt daher abschließen mit folgender Überlegung: Die Ökonomen scheinen zutiefst selbst verantwortlich zu sein für diese Art von großer intellektueller Arroganz, die sie in der Tat charakterisiert. Doch zugleich tragen auch die anderen Disziplinen und die Gesellschaft als Ganze eine Verantwortung dafür, dass man diese Leute einfach machen ließ. Es ist ja sehr bequem zu sagen: Ich weiß und verstehe nichts von Ökonomie. Denn es erlaubt, sich mit diesen Fragen nicht zu befassen, sich nicht zu engagieren und keine Verantwortung zu übernehmen. Ich glaube und hoffe daher, dass der Erfolg dieses Buches zu der Einsicht beiträgt, dass die ökonomischen und finanziellen Fragen, die Fragen nach der Geschichte von Einkommen, Vermögen und Vermögensvererbung, viel zu wichtig sind, um sie den Ökonomen zu überlassen, den Statistikern oder auch den Politikern. Diese Fragen stehen im Zentrum der Demokratie.

Lange gab es in der Geschichtswissenschaft, vor allem in Frankreich, eine Tradition in der Wirtschafts- und Sozialgeschichte, die sich den Bereich der Geldfragen, der Fragen von Einkommen und Erbschaft, vornahm, insbesondere an der *École des hautes études en sciences sociales*. Ich denke, dass diese Tradition zum Teil leider verschwunden ist. Und ich halte es für entscheidend, dass die Sozialforschung sich künftig wieder dieser ökonomischen Probleme annimmt. Ich zitiere in meinem Buch mehrfach belletristische Literatur, da sie eines wunderbar deutlich macht: Die Fragen des Geldes sind stets mehr als Geldfragen. Es sind Fragen der Macht, der tiefen Erschütterungen von Leben, von menschlichen Schicksalen. Die Literatur hat eine unvergleichliche Kraft, diese Dinge auszudrücken, die Sozialwissenschaften können diese Ausdruckskunst nie erreichen. Doch mit ihrer eigenen Sprache, der Wissenschaftssprache von Geschichte, Soziologie, Anthropologie und Ökonomie, kann man eine andere Form der Wahrheit beisteuern, eine andere Form des Wissens. Es ist daher sehr wichtig, dass ökonomische Probleme trotz oder sogar wegen ihrer Fachgebundenheit wieder Gegenstand einer allgemeinen Aneignung werden. Deshalb bin ich heute Abend sehr froh, zu diesem Prozess beitragen zu können. Merci.